



2024

Geschäftsbericht

Obergericht Appenzell Ausserrhoden





Trogen, im Februar 2025

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Wir lassen Ihnen den Geschäftsbericht für das Jahr 2024 zukommen mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für das Vertrauen, das Sie der Justiz entgegengebracht haben, danken wir Ihnen.

Hochachtungsvoll

Der Obergerichtspräsident
Walter Kobler



Inhaltsverzeichnis



Editorial	6
Obergericht	9
Struktur des Obergerichts	10
Zusammensetzung des Obergerichts	12
Allgemeines	14
Geschäftsentwicklung	16
Statistiken	18
Kantonsgericht	31
Struktur des Kantonsgerichts	32
Zusammensetzung des Kantonsgerichts	33
Allgemeines	34
Geschäftsentwicklung	36
Statistiken	37
Schlichtungsbehörden	45
Struktur der Schlichtungsbehörden	46
Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden	47
Allgemeines	48
Geschäftsentwicklung	49
Statistiken	50

Editorial

Im Folgenden wird auf einige Punkte eingegangen, die für die ausserordentlichen Gerichtsbehörden von Bedeutung sind.

Das Projekt der Digitalisierung der Justiz hat einen Meilenstein erreicht: Am 20. Dezember 2024 haben die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) verabschiedet. Damit ist die gesetzliche Grundlage für den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Akteneinsicht sowie für die Gründung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft geschaffen worden, welche das Projekt Justitia 4.0 ablösen und für die Weiterentwicklung der Plattform justitia.swiss sowie deren Betrieb verantwortlich sein wird. Das Bundesamt für Justiz sieht eine schrittweise Einführung des BEKJ vor: Zunächst werden die Bestimmungen zur öffentlich-rechtlichen Körperschaft und zum Datenschutz in Kraft gesetzt. Ein Jahr später folgen die übrigen Regelungen. Der genaue Zeitpunkt des Inkrafttretens des gesamten Gesetzes wird vom Bundesrat festgelegt. Die Kantone haben bei der Umsetzung einen gewissen Spielraum: Sie bestimmen selbst, ab wann der elektronische Rechtsverkehr über die Plattform in ihrem Gebiet obligatorisch ist und die gesamten Bestimmungen des BEKJ gelten. Dieser Zeitpunkt darf frühestens ein Jahr (voraussichtlich 2027) und spätestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes (voraussichtlich 2031) liegen.

Bereits im Geschäftsbericht für das Jahr 2022 wurde das Problem der Überlastung der Strafjustiz angesprochen. Leider hat sich die Lage nicht entspannt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verfahrensdauer überschreitet in vielen Fällen das vertretbare Mass. Diese Entwicklung widerspricht in kaum mehr vertretbarer Weise dem Verfassungsgebot einer zügigen und verlässlichen Justizgewährung. Überlange Verfahrensdauern sind geeignet, das Vertrauen und den Respekt in den Rechtsstaat zu untergraben. Nach der Praxis des Bundesgerichts müssen überlange Verfahrensdauern zu mildereren Urteilen oder gar zur Einstellung des Verfahrens führen. Beim Kantonsgericht sind im Jahr 2024 mehrere ausserordentlich aufwändige Straffälle eingegangen. Das Obergerichtspräsidium sah sich veranlasst, dem Kantonsgericht zu deren Bewältigung mit dem erstmals eingesetzten Instrument der «Kreditüberschreitung» die nötigen Mittel für die befristete Anstellung von juristischem Personal zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls mit ausserordentlichem, aber im Rahmen des ordentlichen Budgets bewilligtem Personal, wird am Kantonsgericht eine seit 2023 hängige Strafsache behandelt. Es wird mit einem Urteil von über tausend Seiten gerechnet! Ein Weiterzug dieses Urteils würde das Obergericht auf allen Ebenen vor Herausforderungen stellen. Dabei ist zu betonen, dass die Überlastung der Strafbehörden kein kantonales, sondern ein gesamtschweizerisches Phänomen ist. Bei den Schweizerischen Strafgerichten sind derzeit rund 17 000 Fälle pendent, 25 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. In allen Kantonen wurden verschiedenste Massnahmen ergriffen, die von der Optimierung der Abläufe bis zur Umverteilung und Neuschaffung von Ressourcen reichen. Auch auf politischer Ebene wird das Problem angegangen: Die Konferenz der kantonalen

Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat am 12. April 2024 in Bern ein Projekt verabschiedet, das die Ursachen der seit längerer Zeit bestehenden Überlastung analysieren und Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorschlagen soll. Ein Evaluationsbericht mit Vorschlägen wird Ende 2025 erwartet. Zu erwähnen ist zudem eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen vom 7. Juni 2024, wonach die Gerichte aller Stufen auf die schriftliche Begründung von Strafurteilen – unabhängig von der verhängten Sanktion – absehen können sollen, wenn die Parteien darauf verzichten.

Die Planung der für die Justiz erforderlichen Ressourcen hängt unter anderem von der Gesetzgebung ab. Die Auswirkungen eines neuen Gesetzes oder einer Gesetzesrevision lassen sich jedoch oft nur sehr schwer abschätzen. Am 1. Januar 2025 ist eine Änderung von Artikel 43 des Schweizerischen Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG) in Kraft getreten. Neu können Unternehmen, die im Handelsregister eingetragen sind, auch für öffentlich-rechtliche Forderungen wie Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge direkt auf Konkurs betrieben werden. Bisher wurden in solchen Fällen lediglich Pfändungsmassnahmen ergriffen, nicht aber ein Konkursverfahren eröffnet. Sicher ist, dass die Revision des SchKG zu einer Zunahme der Konkurse führen wird. Offen ist, mit welchem Mehraufwand bei den Gerichten und insbesondere bei den Konkursämtern zu rechnen ist. Dies hängt unter anderem davon ab, wie sich die kantonalen Steuerverwaltungen und die Eidgenössische Steuerverwaltung zu den aufwändigeren und teureren Konkursverfahren verhalten werden. In den Kantonen Zürich, Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde mit einer Verdoppelung der Zahl der Konkurse gerechnet, weshalb bereits im Berichtsjahr eine Aufstockung des Personals beschlossen wurde. Andere Kantone warten ab. Auch die Schweizerische Konferenz der Konkursbeamten plädiert für Abwarten. Die Verantwortlichen der ausserrhodischen Konkursbehörde haben sich dieser Meinung angeschlossen.

Der im letzten Geschäftsbericht angesprochene Einsatz von Systemen, die mit künstlicher Intelligenz (KI) arbeiten, hat auch in der Justiz rasant an Fahrt gewonnen. Dabei geht es nicht um eine Vollautomatisierung im Sinne einer Entscheidungsfindung ohne menschliches Zutun, sondern um den unterstützenden Einsatz von KI. Es gibt bereits mehrere Gerichte in der Schweiz und in Deutschland, die KI zur Bewältigung ihrer täglichen Arbeit einsetzen. Im Vordergrund steht dabei der Einsatz bei der rein begleitenden Verwaltungstätigkeit (etwa bei der Anonymisierung von Entscheidungen oder der Transkription von Protokollen). Aber auch im Kernbereich der Gerichtspraxis (beispielsweise beim Aktenstudium und bei der Rechtsrecherche) wurden bereits erste Schritte unternommen. Das Obergericht wird demnächst eine Arbeitsgruppe einsetzen, die den Einsatz von KI bei den ausserrhodischen Gerichten prüfen soll.

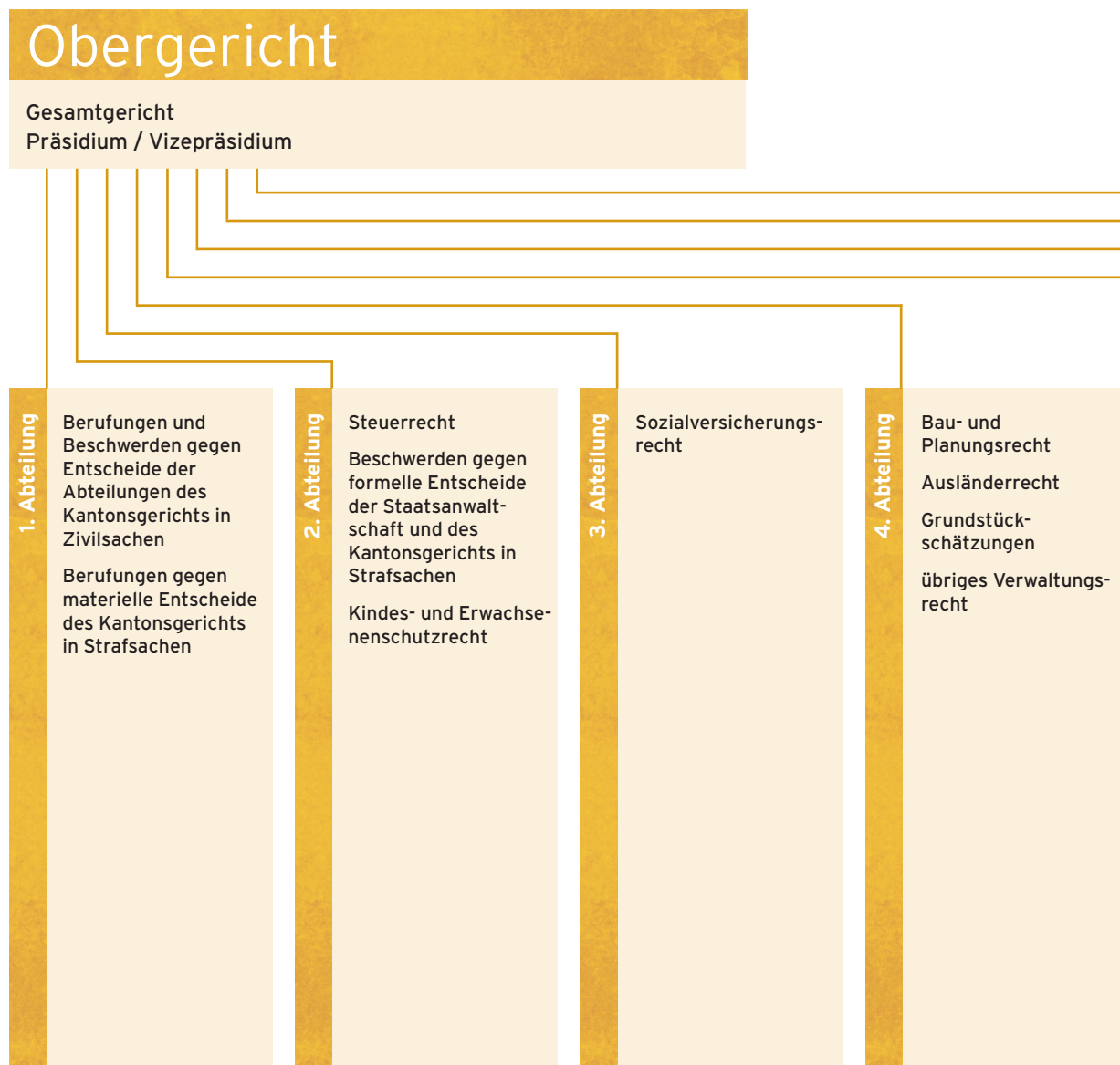
Bei den Gerichtsbehörden des Kantons Appenzell Ausserrhoden sind im vergangenen Jahr insgesamt 2 581 Verfahren (Vorjahr: 2 414) neu eingegangen. Erledigt werden konnten 2 469 Verfahren (Vorjahr: 2 382). Pendent blieben 780 Fälle (Vorjahr: 668).



Obergericht



Struktur des Obergerichts





Zusammensetzung des Obergerichts

Das Obergericht setzte sich am 1. Juni 2024 wie folgt zusammen:

1. Abteilung

*Zivilrecht, strafrechtliche Berufungen
und Revisionen*

Walter Kobler, Vorsitzender
(*in der Regel gerade Fallnummern*)
Manuel Hüsler, Vorsitzender
(*i.d.R. ungerade Fallnummern*)
Bernhard Oberholzer, stv. Vorsitzender
Hanspeter Blaser
Rolf Breu
Janine Lancker

2. Abteilung

*Steuerrecht, strafrechtliche Beschwerden
sowie Kindes- und Erwachsenenschutzrecht*

Walter Kobler, Vorsitzender
(*i.d.R. gerade Fallnummern*)
Manuel Hüsler, Vorsitzender
(*i.d.R. ungerade Fallnummern*)
Marc Winiger, stv. Vorsitzender
Ralf Kläger
Meinrad Müller
Florian Windisch

3. Abteilung

Sozialversicherungsrecht

Walter Kobler, Vorsitzender
(*i.d.R. gerade Fallnummern*)
Manuel Hüsler, Vorsitzender
(*i.d.R. ungerade Fallnummern*)
Hans-Peter Fischer, stv. Vorsitzender
Markus Schneider
Saphira Scheidegger
Kathrin Schindler-Pfister

4. Abteilung

*Bau- und Planungsrecht, Grundstückschätzungen
und übriges Verwaltungsrecht*

Walter Kobler, Vorsitzender
(*i.d.R. gerade Fallnummern*)
Manuel Hüsler, Vorsitzender
(*i.d.R. ungerade Fallnummern*)
Ernst Graf-Beutler, stv. Vorsitzender
Patrik Louis
Daniela Cadosch Autolitano
Michèle Gasser Aebischer

Einzelrichter

Walter Kobler (*i.d.R. gerade Fallnummern*)
Manuel Hüsler (*i.d.R. ungerade Fallnummern*)

Stellvertreter/innen der Einzelrichter

Zivil- und Strafrecht
Bernhard Oberholzer
Marc Winiger
Ralf Kläger
Hanspeter Blaser

Verwaltungsrecht
Michèle Gasser Aebischer
Patrik Louis
Florian Windisch
Marc Winiger

Kommissionen*Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs*

Walter Kobler, Präsident
 Bernhard Oberholzer
 Hanspeter Blaser

Ersatzmitglieder

Manuel Hüsler
 Rolf Breu

Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte

Manuel Hüsler, Präsident
 Piergiorgio Giuliani, Rechtsanwalt
 Patrik Louis
 Felix Ludwig, Rechtsanwalt
 Marc Winiger

Ersatzmitglieder

Fidel Cavelti, Rechtsanwalt
 Florian Windisch

Anwaltsprüfungskommission

Markus Joos, Rechtsanwalt, Präsident
 Bernhard Oberholzer
 Andrea Caroni, Rechtsanwalt
 Manuel Hüsler
 Annika Mauerhofer, Obergerichtsschreiberin

Ersatzmitglieder

Marc Winiger
 Caroline Nordin, Kantonsgerichtspräsidentin
 Roger Nobs, Ratschreiber
 Barbara Schittli, Obergerichtsschreiberin

Mitarbeitende*Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber*

Beatrice Badilatti (50 %)
 Monika Epprecht (55 %)
 Marc Giger (70 %)
 Daniel Hofmann (100 %)
 Annika Mauerhofer (70 %)
 Barbara Schittli (70 %)
 Chiara Schwizer (100 %)
 Barbara Widmer (50 %)

Kanzlei

Claudia Gasser-Rohner (80 %)
 Helga Höhener (20 %)
 Fabienne Lanker (80 %)
 Cornelia Tanner-Schläpfer (50 %)

Allgemeines

Personelles

Bei den Mitgliedern des Gerichts ergaben sich im Berichtsjahr keine Veränderungen.

Nach langjähriger Tätigkeit in der Anwaltsprüfungskommission hat Obergerichtsschreiberin Barbara Schittli ihren Rücktritt als ordentliches Mitglied auf Ende Mai 2024 erklärt. Als neues ordentliches Mitglied wählte das Obergericht Obergerichtsschreiberin Annika Mauerhofer. Barbara Schittli wurde als Ersatzmitglied bestimmt.

MLaw Chiara Schwizer hat auf Anfang Jahr die im Rahmen einer Stellenaufstockung neu geschaffene Stelle einer Gerichtsschreiberin im Bereich Zivil- und Strafrecht angetreten. Zuvor war sie als Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht Appenzell Ausserrhoden tätig.

Ein in der Kanzlei frei gewordenes Pensum von 20% konnte mit Helga Höhener besetzt werden.

Das Obergericht zählte im Jahr 2024 zwei vollamtliche Oberrichter, acht Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber mit 5.65 Vollzeitstellen und 3 Kanzleiangeestellte mit 2.3 Vollzeitstellen.

den Richtern der 1. Abteilung abverlangte Präsenzzeit übersteigt das von vielen Arbeitgebern für die Ausübung öffentlicher Ämter gewährte Kontingent von 10 Tagen (so z.B. Art. 34 Abs. 2 der ausserrhodischen Personalverordnung) erheblich. Dazu kommt die Vorbereitungszeit. Das Obergericht hat deshalb beim Parlament den Antrag gestellt, für die Bildung einer zweiten strafrechtlichen Berufungsabteilung sei die Zahl der nebenamtlichen Mitglieder des Obergerichts um vier zu erhöhen. Im Berichtsjahr ist dazu noch kein Entscheid ergangen.

Organisatorisches

Die Zuständigkeitsbereiche der Abteilungen und Einzelrichter erfuhren keine Veränderungen.

Die im Editorial angesprochene Überlastung der Strafjustiz zeigt sich deutlich, wenn man sich die zur Bearbeitung der anfallenden Fälle im Jahr 2024 notwendigen Sitzungen der einzelnen Abteilungen vor Augen führt:

	1. Abteilung	2. Abteilung	3. Abteilung	4. Abteilung
ganzer Tag	10	0	0	0
halber Tag	7	8	10	7
Total in ganzen Tagen	13.5	4	5	3.5

Die 1. Abteilung befasst sich mit den strafrechtlichen Berufungen, die die materiellen Aspekte von Strafsachen betreffen. Eine Übertragung von Fällen an die 2. Abteilung scheidet aus formellen Gründen aus, da diese Abteilung über strafrechtliche Beschwerden entscheidet und daher von der Behandlung strafrechtlicher Berufungen ausgeschlossen ist. Davon abgesehen erscheint eine Mehrbelastung der Richterinnen und Richter der 2. bis 4. Abteilung nicht zumutbar. Die von der Richterin und

Infrastruktur

Die Digitalisierung der Schweizer Justiz hat mit der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) einen wichtigen Meilenstein erreicht. Mit dem BEKJ ist den Kantonen der digitale Wandel verpflichtend vorgegeben. Die bereits bestehende Arbeitsgruppe hat unter dem Titel «Digitale Justiz AR» (DIJAR) die Transformationsarbeiten weitergeführt. Im Mai 2024 wurde eine Projektstudie «light» vorgelegt, die einerseits eine erste Kostenschätzung lieferte und andererseits als Grundlage für das weitere Vorgehen diente. Im zweiten Halbjahr 2024 stand die Anpassung der Projektorganisation im Vordergrund, um insbesondere dem Umstand Rechnung zu tragen, dass mit der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei zwei Organisationseinheiten in das Projekt DIJAR involviert sind, die nicht zu den Gerichtsbehörden gehören und dem Regierungsrat unterstehen. Zudem mussten der Projektumfang und die Eckpunkte der Governance festgelegt, Rollen besetzt und Fragen der Gesetzgebung geklärt werden. Die Gesamtverantwortung für das Projekt liegt nun in den Händen der Vorsteherin des Departements Inneres und Sicherheit sowie des Obergerichtspräsidenten.

Für den Wechsel von der Version 3 auf die Version 4 der Geschäftskontrolle Tribuna konnte der Firma Delta Logic AG im Oktober 2024 der Auftrag für die Projektvoranalyse vergeben werden. Es ist vorgesehen, dass die Arbeiten im Januar 2026 beginnen und das Hauptprojekt spätestens zwei Monate nach der Voranalyse gestartet wird. Dieser Auftrag und die darin enthaltene Verknüpfung mit dem Hauptprojekt kann ohne Übertreibung als Meilenstein für die ausserrhodische Justiz bezeichnet werden. Nicht nur wegen der Anschaffung einer modernen Geschäftskontrolle, sondern auch wegen der Schaffung der Grundlagen für den Übergang zur digitalen Justiz AR.

Ein weiterer Vertrag mit der Firma Delta Logic AG konnte im Dezember 2024 abgeschlossen werden. Er betrifft die vom Obergericht betreute Migration der Geschäftskontrolle der Schlichtungsstellen von der Datenbank der Staatsanwaltschaft auf diejenige der Gerichte. Das Projekt soll im Herbst 2025 umgesetzt werden.

Die Unterzeichnung der beiden genannten - mit verbindlichen Terminen verbundenen - Vereinbarungen mit der Firma Delta Logic AG ist mit einer gewissen Erleichterung verbunden, da 14 Kantone Kunden dieser Firma sind und alle ebenfalls vor der Umstellung auf die Version 4 stehen. Die beschränkten personellen Ressourcen der Delta Logic AG werden zu einer deutlichen Etappierung der Umstellung in den Kantonen führen. Vor dem Hintergrund der Terminvorgaben des BEKJ ist eine späte Umstellung als nachteilig zu beurteilen.

Hinsichtlich der Überführung der beiden Mandanten «Obergericht» und «Verwaltungsgericht» in der Geschäftskontrolle Tribuna in einen einzigen Mandanten «Obergericht» sind noch wenige Fragen zu klären. Danach steht einem baldigen Vertragsabschluss nichts mehr im Wege.

Finanzielles

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 204 000 Franken für unentgeltliche Rechtsverbeistandungen und amtliche Verteidigungen ausgegeben, was einer Zunahme von rund 60 000 Franken gegenüber den Vorjahren entspricht. Rückzahlungen erfolgten im Umfang von 24 293.05 Franken. Das sind rund 1 000 Franken weniger als im Vorjahr.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsgang der Abteilungen

In der 1. Abteilung war bei den Eingängen mit 23 neuen Verfahren gegenüber dem Vorjahr (33) ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Weil gleich viele Fälle erledigt wurden wie im Vorjahr (je 36) und Anfang Jahr etwas weniger Fälle zu übernehmen waren (33, Vorjahr 36), blieben am Ende des Berichtsjahres markant weniger Verfahren pendent (20, Vorjahr 33). Was die Sachgebiete angeht, nahmen die strafrechtlichen Berufungen leicht ab (16, Vorjahr 19), die Neueingänge bei den zivilrechtlichen Berufungen gingen um die Hälfte zurück (7, Vorjahr 14).

Bei der 2. Abteilung gingen fast doppelt so viele neue Fälle ein wie im Vorjahr (99, Vorjahr 51). Dabei stiegen die Zahlen in sämtlichen von der 2. Abteilung behandelten Sachgebieten deutlich an: Bei den strafrechtlichen Beschwerden waren 25 neue Beschwerden zu verzeichnen (Vorjahr 19), bei den Beschwerden im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht 18 (Vorjahr 9) und bei den abgaberechtlichen Verfahren 56 (Vorjahr 23). Auch wenn Anfang Jahr weniger Fälle übernommen werden mussten (27, Vorjahr 46) und mehr Verfahren erledigt wurden (81, Vorjahr 70), waren angesichts der vielen Neueingänge am Ende des Berichtsjahres dennoch mehr Verfahren anhängig (45, Vorjahr 27). Bei den abgaberechtlichen Verfahren entfiel die überwiegende Mehrheit der Verfahren auf die Staats- und Gemeindesteuern (36), gefolgt von den Direkten Bundessteuern (18) sowie weiteren abgaberechtlichen Streitigkeiten (2). Die sozialversicherungsrechtlichen Fälle ohne medizinische Abklärungen werden zufolge einer organisatorischen Änderung seit dem Vorjahr durch die 3. Abteilung beurteilt.

In der 3. Abteilung blieben die Zahlen weitgehend konstant und es gab weder bei den Neueingängen (37, Vorjahr 41), den Erledigungen (39, Vorjahr 39) noch bei den am Ende des Berichtsjahres anhängigen Verfahren (22, Vorjahr 24) nennenswerte Veränderungen. Die meisten Verfahren betrafen Leistungen der Invalidenversicherung (25) resp. solche der Unfallversicherung (6). Dazu kamen je 1 Fall betreffend Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung, der beruflichen Vorsorge sowie der Arbeitslosenversicherung. Zwei Beschwerden betrafen die Ergänzungsleistungen und bei einem Fall ging es um Schadenersatz nach Art. 52 AHVG.

In der 4. Abteilung ist die Zahl der Neueingänge praktisch gleich geblieben (27, Vorjahr 28). Es mussten weniger Verfahren aus dem Vorjahr übernommen werden (18, Vorjahr 23). Da weniger Fälle erledigt werden konnten (21, Vorjahr 33), blieben am Ende des Berichtsjahres mehr Verfahren hängig (24, Vorjahr 18). Inhaltlich ging die Zahl der Beschwerden im Bereich des Bau- und Raumplanungsrechts weiter zurück (8, Vorjahr 13), eine Entwicklung, die 2021 eingesetzt hat. In den Bereichen Ausländerrecht (1, Vorjahr 2) und politische Rechte (0, Vorjahr 1) waren praktisch keine Fälle zu verzeichnen. Wiederum zugenommen haben die Beschwerden im Bereich Strassenverkehr und übriges Verkehrsrecht (5, Vorjahr 0).

Geschäftsgang der Einzelrichter

Bei den Einzelrichtern sind die Neueingänge nach einem massiven Anstieg im Vorjahr deutlich zurückgegangen (157, Vorjahr 199). Weil auch die Erledigungen abnahmen (157, Vorjahr 202), blieben am Ende des Berichtsjahres gleich viele Verfahren pendent wie im Vorjahr (je 17). Dabei betraf der Rückgang nur die Anzahl der zivil- und strafrechtlichen Einzelrichterverfahren, während die verwaltungsrechtlichen Geschäfte zunahmen.

Geschäftsgang der Kommissionen

Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs:
Die im langjährigen Durchschnitt bereits hohen Eingänge des Vorjahres (27) wurden im Berichtsjahr mit 31 neuen Verfahren nochmals übertroffen. Die Zahl der Erledigungen stieg leicht an (28, Vorjahr 26). Mit 12 (Vorjahr 9) blieben etwas mehr Verfahren pendent. Alle Betreibungsämter sowie das Konkursamt des Kantons Appenzell Ausserrhoden wurden der gesetzlichen Inspektion unterzogen.

Die Anwaltsaufsichtskommission hatte im Berichtsjahr 13 (Vorjahr 12) Neueingänge zu verzeichnen. Erledigt wurden 6 (Vorjahr 14) Verfahren. Am Ende des Berichtsjahres blieben 8 (Vorjahr 1) Geschäfte pendent.

Anwaltsprüfungskommission:

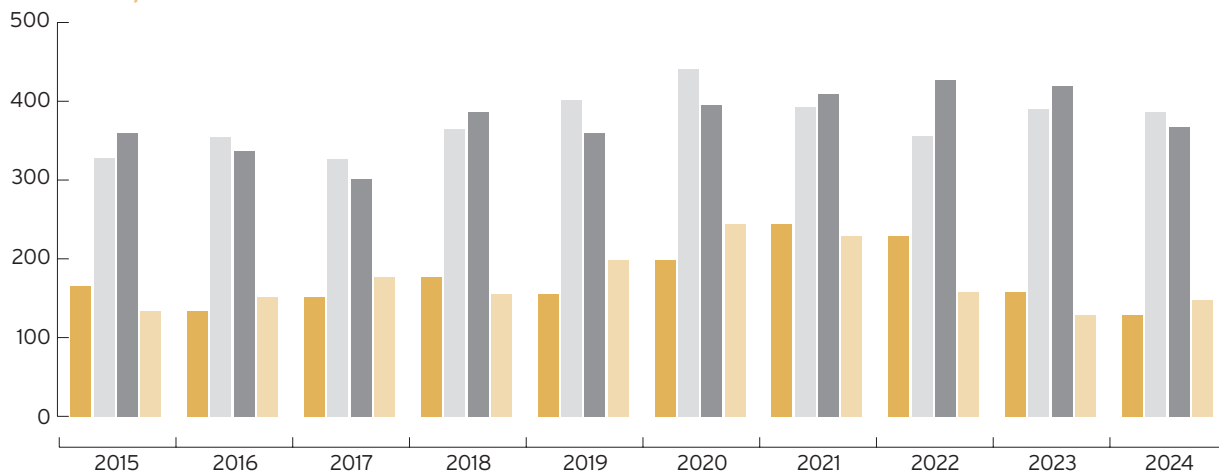
Im Berichtsjahr traten 2 Kandidaten zu 2 schriftlichen und 2 mündlichen Prüfungen an. 1 Kandidat bestand beide Prüfungen und erhielt in der Folge das ausserrhodische Anwaltspatent verliehen (Vorjahr 1).

Entwicklung und Geschäftslast des

Gesamtobergerichts (mit Kommissionen)

■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

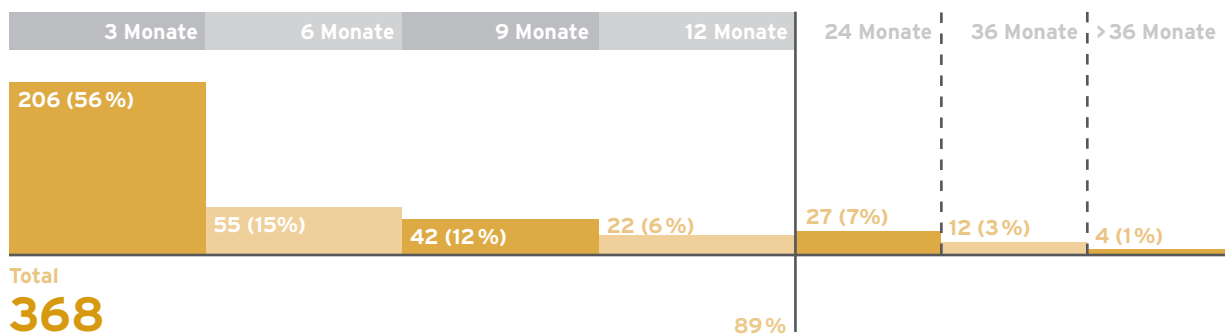


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	166	134	152	177	156	199	245	229	158	129
eingegangen	329	356	327	366	403	442	394	357	391	387
erledigt	361	338	302	387	360	396	410	428	420	368
pendent per 31. Dezember	134	152	177	156	199	245	229	158	129	148

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden ans Bundesgericht	27	49	46	44	50	59	39	38
erledigte Beschwerden	30	37	53	45	34	40	43	30
abgewiesen / nicht eingetreten	23	30	51	43	30	36	37	29
teilweise gutgeheissen	2	2	1	1	1	3	3	-
gutgeheissen	5	5	1	1	3	1	3	1

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

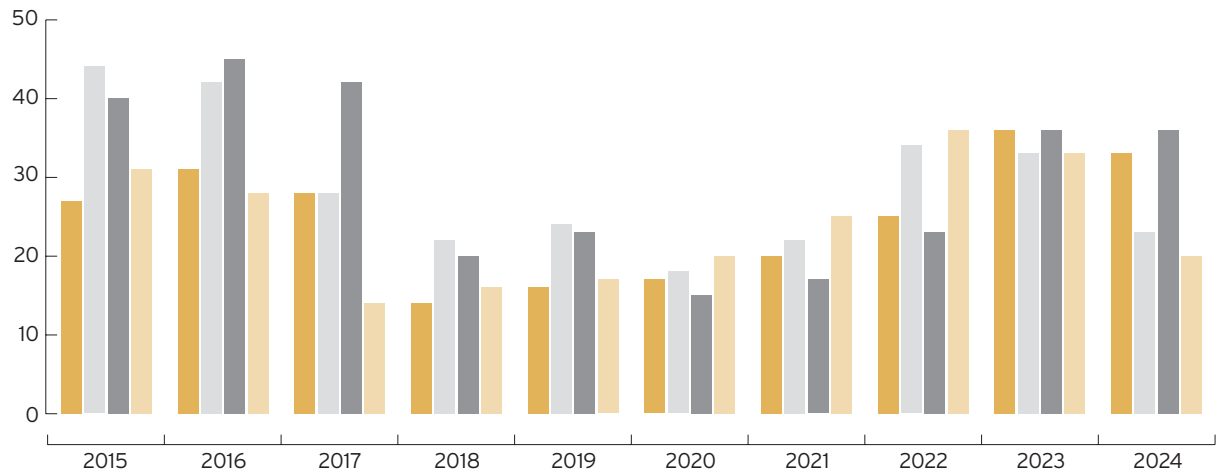


Entwicklung und Geschäftslast der

1. Abteilung des Obergerichts

■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

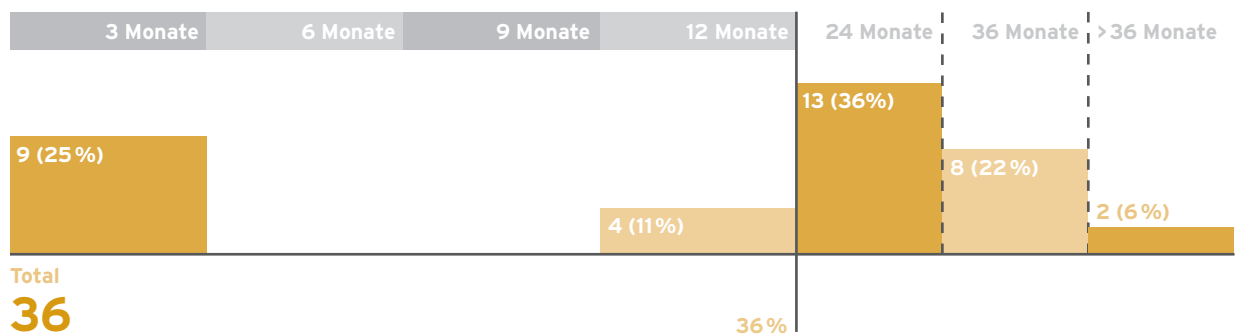


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	27	31	28	14	16	17	20	25	36	33
eingegangen	44	42	28	22	24	18	22	34	33	23
erledigt	40	45	42	20	23	15	17	23	36	36
pendent per 31. Dezember	31	28	14	16	17	20	25	36	33	20

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden ans Bundesgericht	4	4	4	-	4	2	4	5
erledigte Beschwerden	7	2	8	1	1	4	3	2
abgewiesen / nicht eingetreten	4	1	7	1	1	3	3	2
teilweise gutgeheissen	1	-	1	-	-	-	-	-
gutgeheissen	2	1	-	-	-	1	-	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

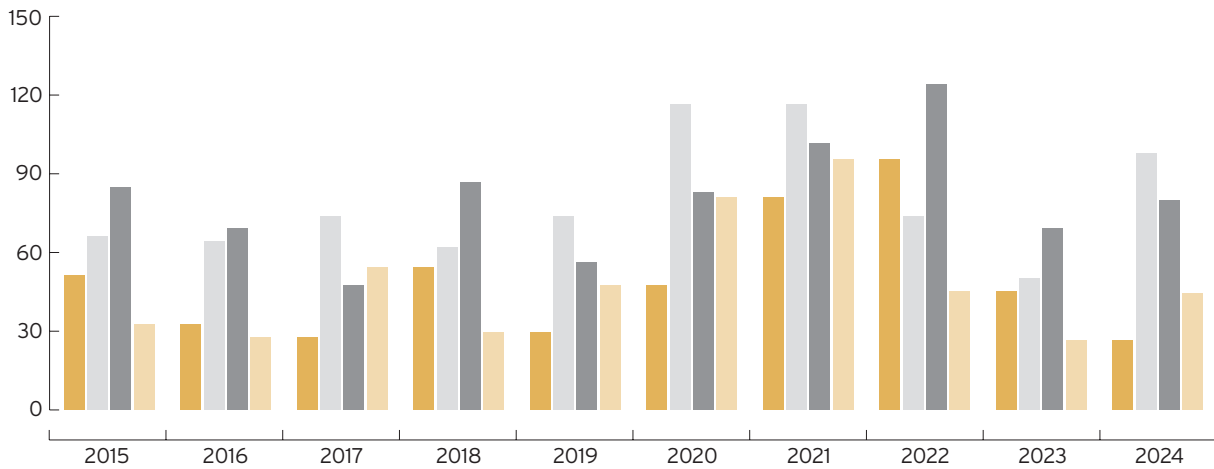


Entwicklung und Geschäftslast der

2. Abteilung des Obergerichts

■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

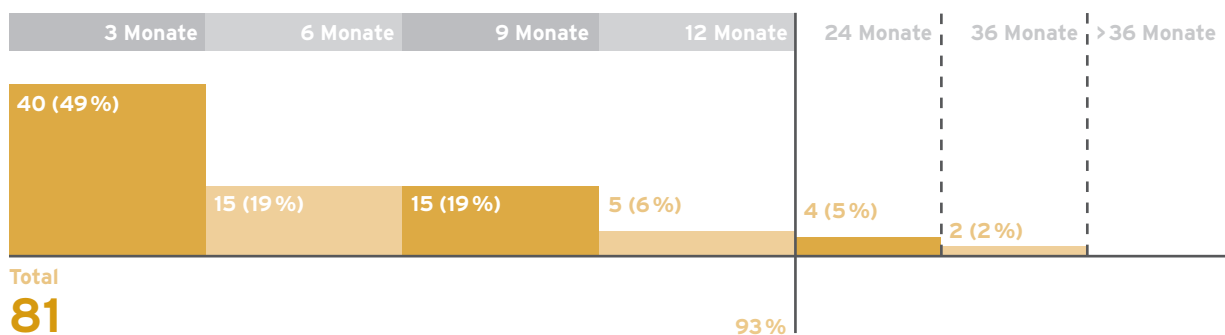


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	52	33	28	55	30	48	82	97	46	27
eingegangen	67	65	75	63	75	118	118	75	51	99
erledigt	86	70	48	88	57	84	103	126	70	81
pendent per 31. Dezember	33	28	55	30	48	82	97	46	27	45

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden ans Bundesgericht	1	11	7	4	11	25	11	9
erledigte Beschwerden	2	9	9	5	5	14	14	7
abgewiesen / nicht eingetreten	-	6	9	5	5	12	12	6
teilweise gutgeheissen	-	-	-	-	-	2	-	-
gutgeheissen	2	3	-	-	-	-	2	1

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

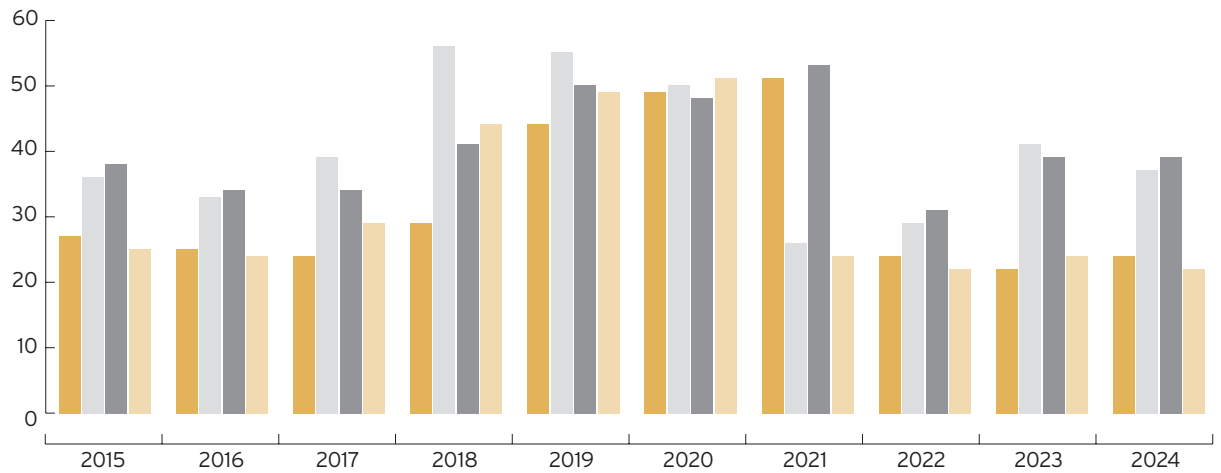


Entwicklung und Geschäftslast der

3. Abteilung des Obergerichts

■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

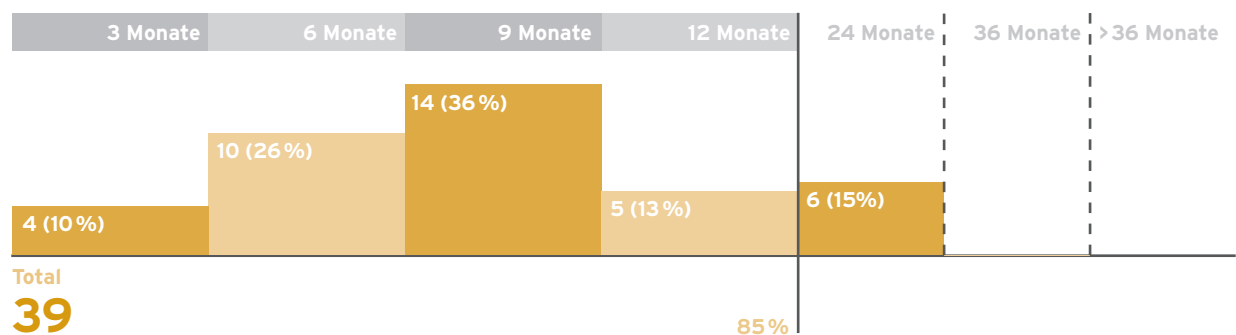


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	27	25	24	29	44	49	51	24	22	24
eingegangen	36	33	39	56	55	50	26	29	41	37
erledigt	38	34	34	41	50	48	53	31	39	39
pendent per 31. Dezember	25	24	29	44	49	51	24	22	24	22

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden ans Bundesgericht	6	5	9	7	7	4	3	5
erledigte Beschwerden	3	7	10	7	5	3	6	1
abgewiesen / nicht eingetreten	1	6	9	7	4	2	3	1
teilweise gutgeheissen	1	-	-	-	1	1	2	-
gutgeheissen	1	1	1	-	-	-	1	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

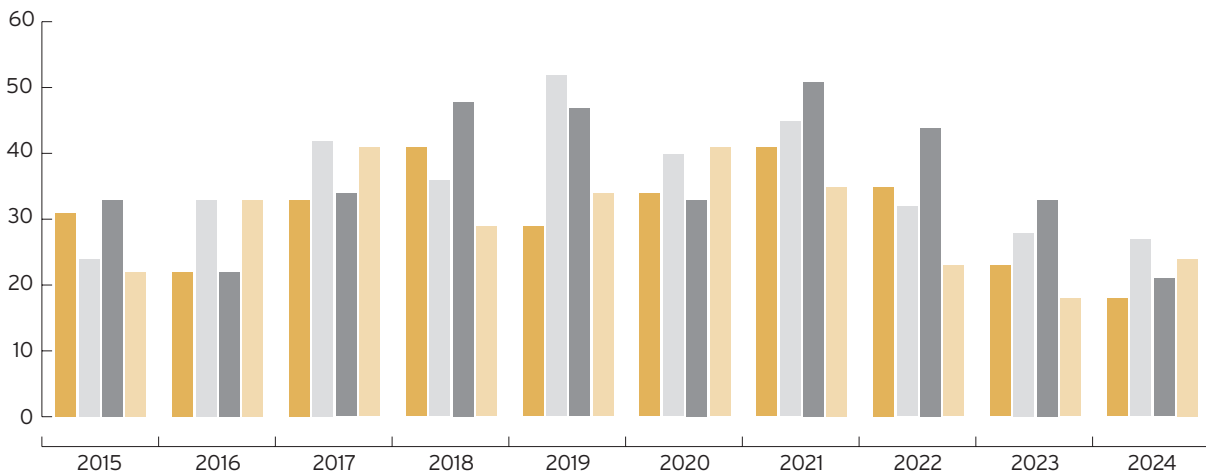


Entwicklung und Geschäftslast der

4. Abteilung des Obergerichts

■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

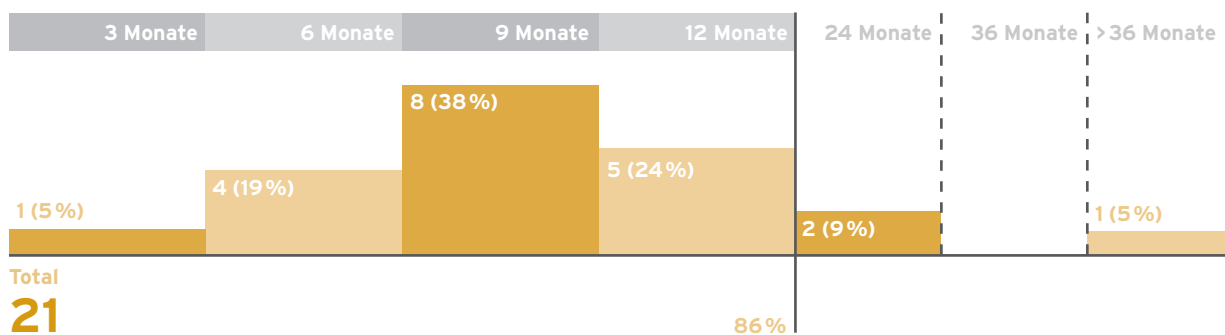


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	31	22	33	41	29	34	41	35	23	18
eingegangen	24	33	42	36	52	40	45	32	28	27
erledigt	33	22	34	48	47	33	51	44	33	21
pendent per 31. Dezember	22	33	41	29	34	41	35	23	18	24

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden ans Bundesgericht	5	14	16	4	13	8	9	8
erledigte Beschwerden	4	8	14	10	7	5	5	8
abgewiesen / nicht eingetreten	4	7	14	9	6	5	4	8
teilweise gutgeheissen	-	1	-	1	-	-	1	-
gutgeheissen	-	-	-	-	1	-	-	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

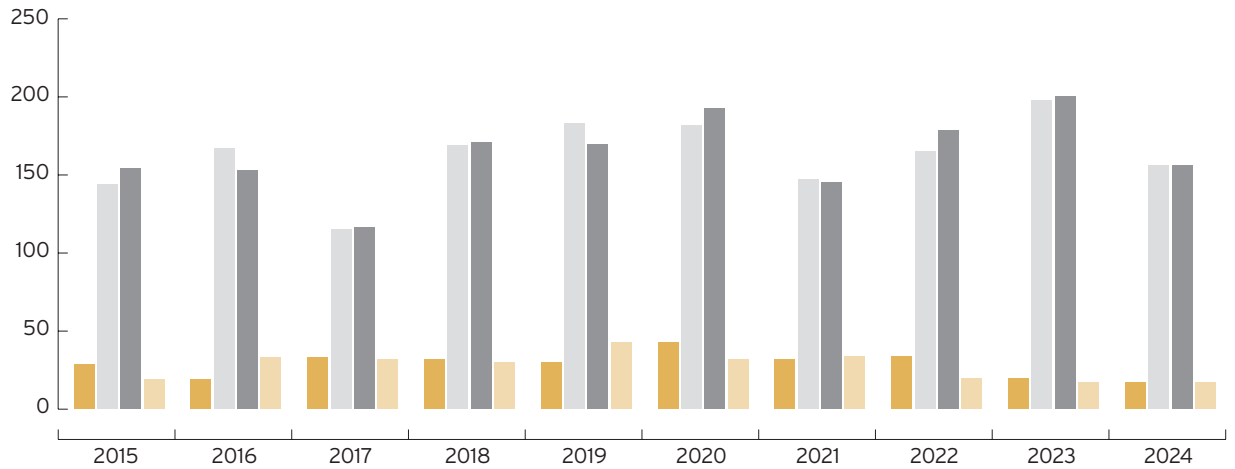


Entwicklung und Geschäftslast der

Einzelrichter des Obergerichts

■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

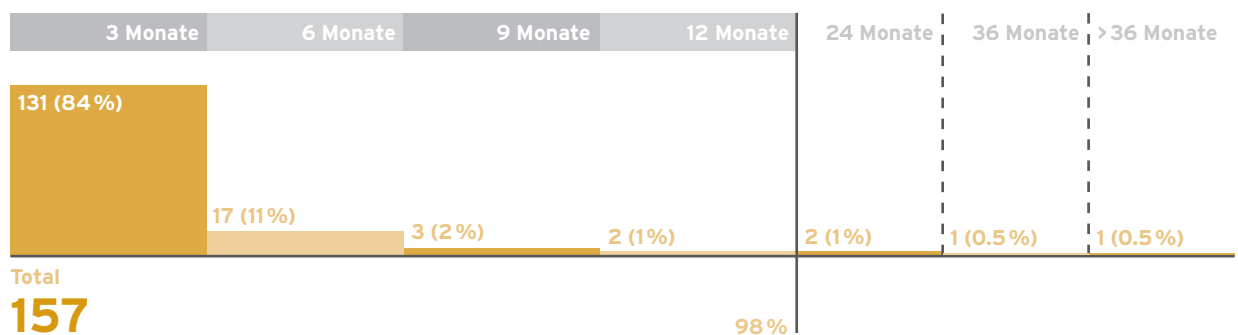


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	29	19	33	32	30	43	32	34	20	17
eingegangen	145	168	116	170	184	183	148	166	199	157
erledigt	155	154	117	172	171	194	146	180	202	157
pendent per 31. Dezember	19	33	32	30	43	32	34	20	17	17

Weiterzug ans Bundesgericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden ans Bundesgericht	11	15	7	28	14	18	11	11
erledigte Beschwerden	14	11	11	20	15	14	13	12
abgewiesen / nicht eingetreten	14	10	11	19	13	14	13	12
teilweise gutgeheissen	-	1	-	-	-	-	-	-
gutgeheissen	-	-	-	1	2	-	-	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)



Bereich Verwaltungsrecht

Art der Erledigung nach Vorinstanz

		2021	2022	2023	2024
Regierungsrat	gutgeheissen	-	-	-	1
	teilweise gutgeheissen	1	3	1	3
	abgewiesen	4	4	3	-
	nicht eingetreten/abschreiben	1	-	-	1
	Total	6	7	4	5
Departemente	gutgeheissen	5	4	6	4
	teilweise gutgeheissen	6	4	2	5
	abgewiesen	18	18	14	4
	nicht eingetreten/abschreiben	19	11	5	2
	Total	48	37	27	15
Steuerverwaltung	gutgeheissen	6	7	2	-
	teilweise gutgeheissen	10	5	2	3
	abgewiesen	21	32	8	11
	nicht eingetreten/abschreiben	31	21	15	29
	Total	68	65	27	43
Assekuranz	gutgeheissen	-	-	-	-
	teilweise gutgeheissen	1	-	-	-
	abgewiesen	-	1	-	-
	nicht eingetreten/abschreiben	-	1	-	-
	Total	1	2	-	-
Ausgleichskasse	gutgeheissen	-	2	-	1
	teilweise gutgeheissen	1	1	-	3
	abgewiesen	1	6	2	5
	nicht eingetreten/abschreiben	2	-	3	1
	Total	4	9	5	10
IV-Stelle	gutgeheissen	14	4	4	3
	teilweise gutgeheissen	9	-	1	6
	abgewiesen	10	6	11	8
	nicht eingetreten/abschreiben	6	9	9	7
	Total	39	19	25	24

		2021	2022	2023	2024
Krankenversicherer	gutgeheissen	-	-	1	-
	teilweise gutgeheissen	-	4	2	2
	abgewiesen	2	2	2	-
	nicht eingetreten/abschreiben	-	-	1	2
	Total	2	6	6	4
Unfallversicherer	gutgeheissen	1	2	-	-
	teilweise gutgeheissen	4	3	1	1
	abgewiesen	6	6	8	5
	nicht eingetreten/abschreiben	1	-	2	-
	Total	12	11	11	6
Arbeitslosenkasse /Arbeitsamt	gutgeheissen	2	3	3	1
	teilweise gutgeheissen	-	-	1	-
	abgewiesen	4	3	3	-
	nicht eingetreten/abschreiben	1	1	2	-
	Total	7	7	9	1
Personalvorsorgeeinrichtungen	gutgeheissen	1	-	-	-
	teilweise gutgeheissen	-	-	-	-
	abgewiesen	-	1	-	-
	nicht eingetreten/abschreiben	-	1	-	-
	Total	1	2	-	-
KESB	gutgeheissen	-	-	1	-
	teilweise gutgeheissen	2	1	1	-
	abgewiesen	9	12	9	7
	nicht eingetreten/abschreiben	6	7	6	11
	Total	17	20	17	18
Übrige	gutgeheissen	5	2	7	4
	teilweise gutgeheissen	-	2	-	1
	abgewiesen	11	13	13	9
	nicht eingetreten/abschreiben	8	10	13	19
	Total	24	27	33	33
Total	gutgeheissen	34	24	24	14
	teilweise gutgeheissen	34	23	11	24
	abgewiesen	86	104	73	49
	nicht eingetreten/abschreiben	75	61	56	72
	Total	229	212	164	159

Rechtsgebiete der von den Abteilungen im Verwaltungsrecht erledigten Verfahren

	2021	2022	2023	2024
Direkte Bundessteuer	21	14	9	13
Staats- und Gemeindesteuer	32	47	16	27
Militärpflichtersatz	-	-	-	-
Übrige Steuern und Abgaben	1	3	1	1
Amtliche Grundstückschätzungen	-	-	-	-
Übriges Steuerrecht	10	-	-	-
Alters- und Hinterlassenenversicherung	-	5	1	3
Invalidenversicherung	39	19	25	24
Ergänzungsleistungen	1	2	3	4
Berufliche Vorsorge	1	2	-	-
Krankenversicherung	2	4	3	5
Unfallversicherung	11	10	10	5
Arbeitslosenversicherung	3	1	4	-
Militärversicherung / EO	2	-	-	-
Übriges Sozialversicherungsrecht	1	-	1	-
Bau- und Raumplanungsrecht	18	15	13	9
Strassenbau und übrige Verkehrsanlagen	4	2	3	3
Umwelt- und Gewässerschutz	-	-	-	-
Ausländerrecht	4	3	2	1
Politische Rechte	4	2	1	-
Öffentliches Personalrecht	1	4	-	-
Gemeinderecht	-	-	-	-
Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	10	15	10	12
Übriges ZGB, OR, EG zum ZGB	-	1	1	-
Denkmalpflege, Natur- und Heimatschutz	-	-	1	-
Strassenverkehr und übriges Verkehrsrecht	3	2	1	1
Sozialhilfe	3	1	1	-
Landwirtschaft, bäuerliches Bodenrecht	3	2	1	1
Wald- und Forstwesen	-	-	-	-
Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistung	-	-	-	-
Verwaltungsrechtspflege	5	8	4	3
Übriges Verwaltungsrecht	8	9	5	3
Total	187	171	116	113

Rechtsgebiete der von den Einzelrichtern im Verwaltungsrecht erledigten Verfahren

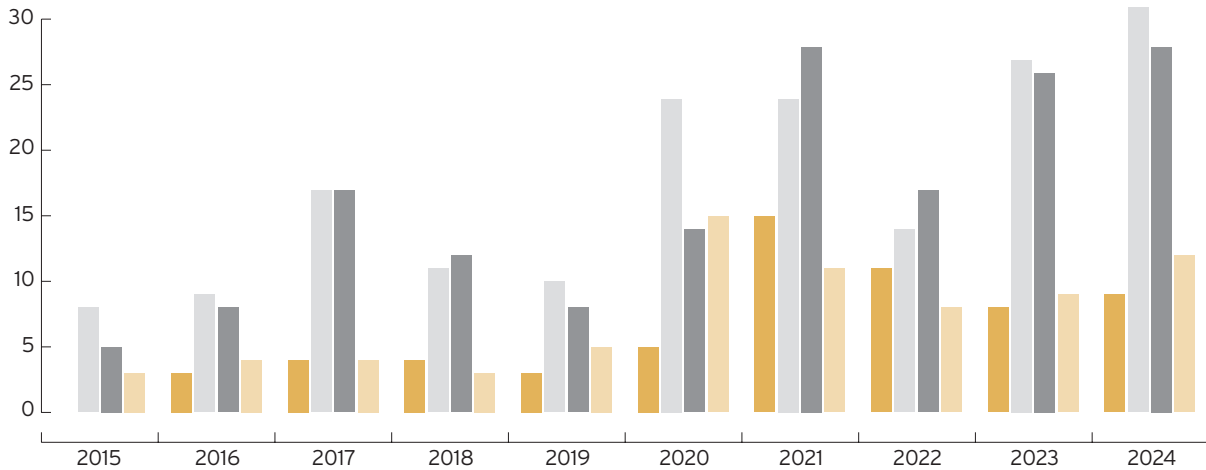
	2021	2022	2023	2024
Unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung	27	27	21	18
Vorsorgliche Massnahmen / einstweiliger Rechtsschutz	3	3	-	2
Aufschiebende Wirkung	7	2	4	10
Vermögensrechtliche Streitigkeiten bis 15'000 Franken	12	9	8	9
Fürsorgerische Unterbringung	23	19	28	28
Haft im Ausländerrecht	3	6	4	2
Übrige Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	-	-	-	1
Öffentliches Beschaffungswesen	2	1	-	2
Massnahmen bei häuslicher Gewalt	-	-	1	-
Schiedsgericht nach KVG und UVG	-	2	-	-
Sicherstellung einer Steuerforderung	-	-	-	-
Übrige Verfahren	5	2	3	3
Total	82	71	69	75

Entwicklung und Geschäftslast der

Aufsichtskommission für Schuldbetreibung und Konkurs

pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

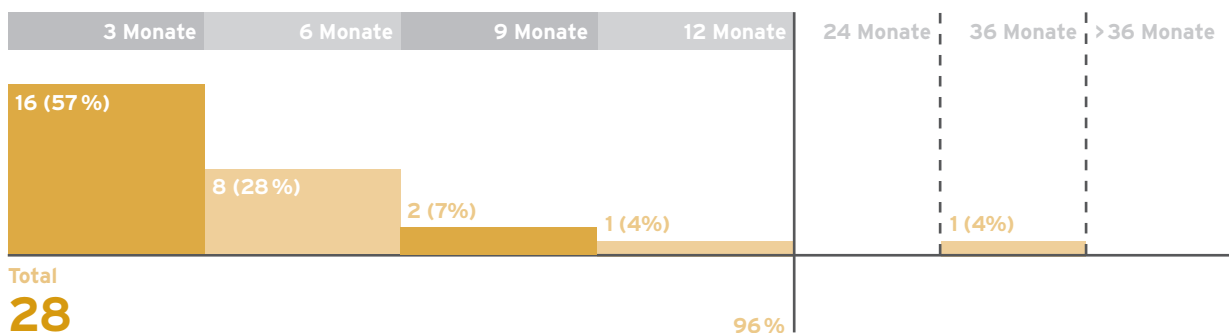


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	-	3	4	4	3	5	15	11	8	9
eingegangen	8	9	17	11	10	24	24	14	27	31
erledigt	5	8	17	12	8	14	28	17	26	28
pendent per 31. Dezember	3	4	4	3	5	15	11	8	9	12

Weiterzug ans Bundesgericht

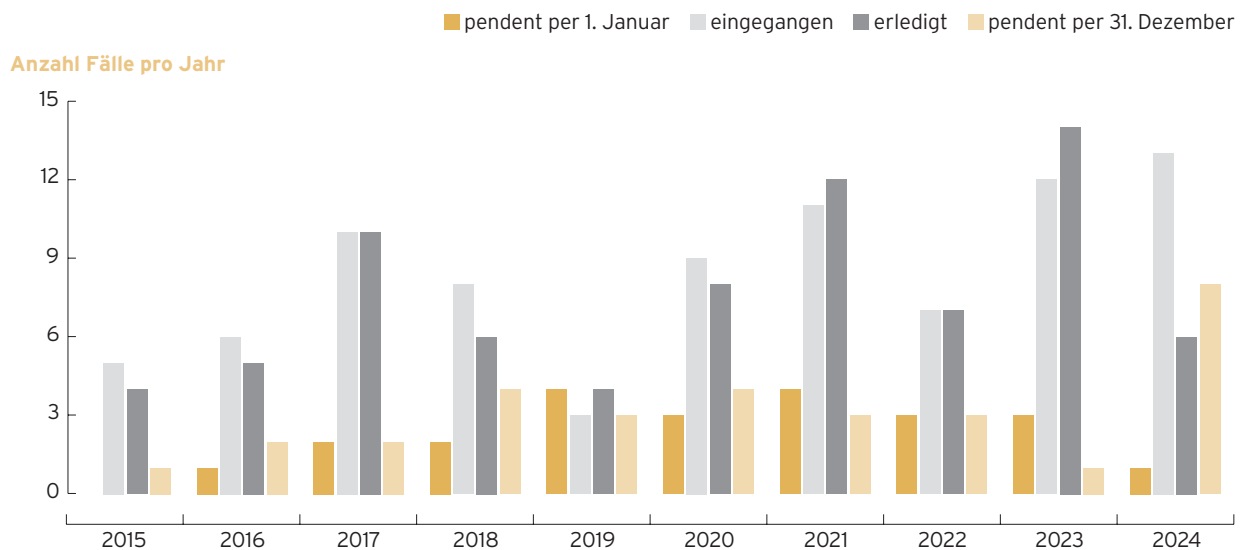
Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden ans Bundesgericht	-	-	3	1	1	2	1	-
erledigte Beschwerden	-	-	1	2	1	-	2	-
abgewiesen / nicht eingetreten	-	-	1	2	1	-	2	-
teilweise gutgeheissen	-	-	-	-	-	-	-	-
gutgeheissen	-	-	-	-	-	-	-	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)



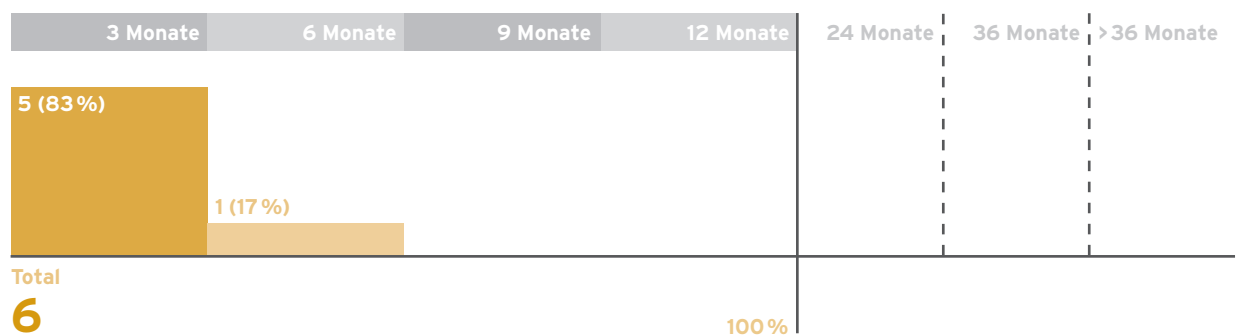
Entwicklung und Geschäftslast der

Anwaltsaufsichtskommission



Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	-	1	2	2	4	3	4	3	3	1
eingegangen	5	6	10	8	3	9	11	7	12	13
erledigt	4	5	10	6	4	8	12	7	14	6
pendent per 31. Dezember	1	2	2	4	3	4	3	3	1	8

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

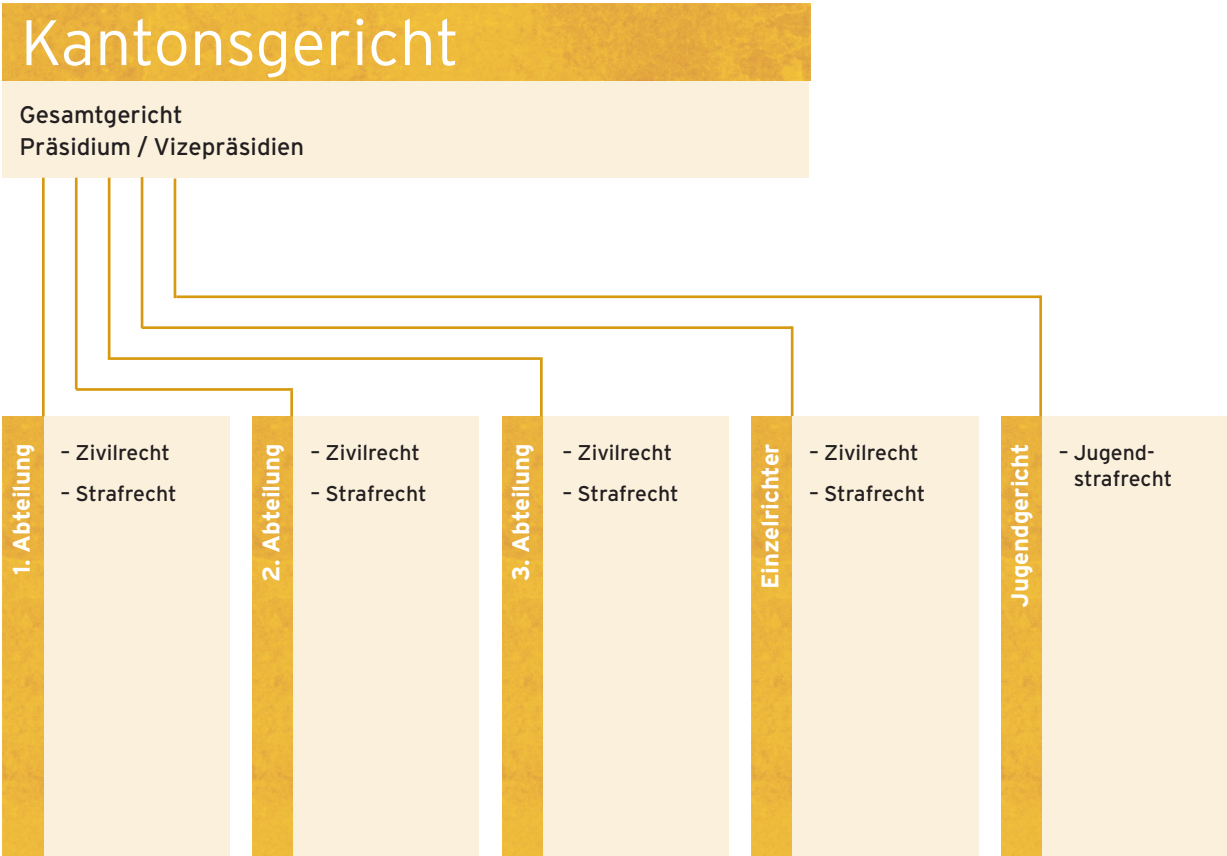




Kantonsgericht



Struktur des Kantonsgerichts



Zusammensetzung des Kantonsgerichts

Das Kantonsgericht setzte sich am 1. Juni 2024 wie folgt zusammen:

1. Abteilung

Zivil- und Strafrecht, ganzer Kanton

Lorena Studer, Vorsitzende
 Martin Rentsch, stv. Vorsitzender
 Barbara Büchler
 Claude Eugster
 Andreas Zürcher

2. Abteilung

Zivil- und Strafrecht, ganzer Kanton

Caroline Nordin, Vorsitzende
 Gabriela Cavelti-Zumbühl, stv. Vorsitzende
 Martin Rentsch
 Tino Walser
 Martin Schoch

3. Abteilung

Zivil- und Strafrecht, ganzer Kanton

Zulema Rickenbacher, Vorsitzende
 Tilla Jacomet, stv. Vorsitzende
 Regula Weisser Blaser
 Adolf Alpiger
 Martin Schoch

4. Abteilung

Zivil- und Strafrecht, ganzer Kanton

Stefan Marti, Vorsitzender
 Barbara Büchler, stv. Vorsitzende
 Martin Rentsch
 Tino Walser
 Claude Eugster

Jugendgericht

Zulema Rickenbacher, Vorsitzende
 Barbara Büchler, stv. Vorsitzende
 Claude Eugster

Einzelrichter und Einzelrichterinnen

Caroline Nordin
 Zulema Rickenbacher
 Lorena Studer
 Stefan Marti

Stellvertreter/innen der Einzelrichter/innen

Barbara Büchler
 Claude Eugster
 Martin Rentsch

Mitarbeitende

Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber

Pietro Maj (100%)
 Daniela Uffer-Dörig (40%)
 David Inauen (100%)
 Andreas Meier (100%)
 Marisa Graf-Buchegger (60%)
 Stefan von Aarburg (100%)

Kanzlei

Beatrice Kieninger (80%)
 Sarah Metzger (100%)
 Irene Wüst-Graf (90%)
 Andrea Zellweger (60%)
 Fabienne Ziegler (80%)

Allgemeines

Personelles

Das Berichtsjahr wurde durch zahlreiche personelle Änderungen auf verschiedenen Ebenen des Kantonsgerichts geprägt. Kantonsgerichtspräsident Pius Gebert trat altersbedingt per Ende Januar 2024 vom Präsidium und als vollamtlicher Richter zurück; er war seit Dezember 2007, mithin während mehr als 16 Jahren, als Kantonsgerichtspräsident tätig. Er bleibt dem Kantonsgericht jedoch bis auf Weiteres für die Bearbeitung einer umfangreichen Strafsache in der Funktion als zweiter stellvertretender Vorsitzender der 1. Abteilung über sein Pensionsalter hinaus erhalten. Zur Nachfolgerin als Präsidentin des Kantonsgerichts wählte der Kantonsrat am 25. September 2023 die bisherige Vizepräsidentin und Vorsitzende der zweiten Abteilung, Caroline Nordin-Lüssi, die seit August 2017 als vollamtliche Richterin am Kantonsgericht tätig ist. Zur Nachfolgerin von Pius Gebert als Vorsitzender der ersten Abteilung und als dritte vollamtliche Richterin wählte der Kantonsrat gleichentags Lorena Studer, welche ihr Amt im Februar 2024 antrat; Lorena Studer war bis zum Amtsantritt als Gerichtsschreiberin am Regionalgericht Maloja in St. Moritz tätig. Ausserdem wählte der Kantonsrat am 6. Mai 2024 Stefan Marti zum vierten vollamtlichen Richter; Stefan Marti, welcher seit April 2022 als Gerichtsschreiber am Kantonsgericht tätig war, trat das neue Amt im Juni 2024 an. Im Zuge der Etablierung des vierten vollamtlichen Richters schuf das Kantonsgericht mit Zirkularbeschluss vom 17. Mai 2024 eine vierte Abteilung. Diesem Spruchkörper gehören nebst Stefan Marti als Vorsitzender und Barbara Bächler als stellvertretende Vorsitzende die nebenamtlichen Richter Martin Rentsch, Tino Walser und Claude Eugster an.

Auch bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern kam es im Berichtsjahr zu Veränderungen: Im Juni 2024 trat Marisa Graf-Buchegger mit einem Teilpensum in die Dienste des Kantonsgerichts. Die nach der Wahl von Stefan Marti zum vierten vollamtlichen Richter frei gewordene Gerichtsschreiberstelle wurde ab Juli 2024 mit Festina Januzi besetzt. Per Ende Juli 2024 verliess Stefan von Aarburg das Kantonsgericht, um eine Stelle als Gerichtsschreiber am Verwaltungsgericht des Kantons Thurgau anzutreten; er wurde durch Lea Vogt ersetzt. Weil anfangs 2024 gleich mehrere, ausserordentlich umfangreiche Straffälle eingingen, welche die ohnehin knappen personellen Ressourcen des Kantonsgerichts bei weitem sprengten, bewilligte Obergerichtspräsident Walter Kobler auf Antrag der Präsidentin des Kantonsgerichts im April 2024 im Sinne einer Sofortmassnahme eine auf das Berichtsjahr beschränkte Kreditüberschreitung; in Ausschöpfung dieser (zusätzlichen) finanziellen Mittel im Umfang von rund

275-Stellenprozenten traten in der zweiten Jahreshälfte die ausserordentlichen Gerichtsschreiberinnen Rahel Neeracher, Lea Grunder, Orly Ben-Attia und Isabelle Bader (ausnahmslos auf ein Jahr befristet und mehrheitlich im Teilzeitpensum) in die Dienste des Kantonsgerichts.

Bei den Kanzlistinnen waren im Berichtsjahr keine Mutationen zu verzeichnen.

Organisatorisches

Bereits Ende April 2024 zeigte sich, dass der vierte vollamtliche Richter und die vom Obergerichtspräsidenten im Rahmen der Kreditüberschreitung bewilligten zusätzlichen Stellenprozente bei weitem nicht ausreichten, um neben den neuen, ausserordentlich umfangreichen Straffällen auch die im ersten Trimester im Vergleich zur Vorjahresperiode erneut angestiegenen Fallzahlen zu bewältigen; zugespitzt wurde die Situation dabei durch den Umstand, dass sich das Kantonsgericht mit abermals stark angestiegenen Pendenzen aus dem Vorjahr konfrontiert sah. Vor diesem Hintergrund beantragte die Präsidentin des Kantonsgerichts mit Blick auf den Voranschlag 2025 und in Absprache mit dem Obergerichtspräsidenten weitere 350-Gerichtsschreiber-Stellenprozente sowie einen Auditor (100%) für die neu geschaffene vierte Abteilung und eine zusätzliche Kanzleistelle (100%), mithin insgesamt 825 Stellenprozente. Der Regierungsrat nahm mit Beschluss vom 2. Juli 2024 die für das Jahr 2025 zusätzlich beantragten Stellen lediglich zu gut einem Drittel in den Voranschlag 2025 auf. Das Kantonsgericht sah sich dadurch gezwungen, den Gerichtsbetrieb im Sinne einer Aufgabenpriorisierung den Personalressourcen anzupassen. Es musste deshalb auf die Bearbeitung der im Verlauf des Berichtsjahres eingegangenen, ausserordentlich umfangreichen Straffälle verzichten und die personellen Ressourcen zur Bearbeitung der übrigen Verfahren einsetzen. M.a.W. wurden die ausserordentlich umfangreichen Straffälle - nach Prüfung der Verjährung - zurückgestellt; gleichwohl steht ausser Frage, dass eine solche Entwicklung unter dem Blickwinkel der Rechtsstaatlichkeit (vgl. z.B. Beschleunigungsgebot) problematisch ist. Nachdem der Kantonsrat am 9. Dezember 2024 den Voranschlag 2025 genehmigte, wird eine Bearbeitung dieser (und auch allfälliger im Jahr 2025 eingehender, aussergewöhnlich grosser) Straffälle bis auf Weiteres nicht möglich sein. Auch ein Abbau der seit Jahren ansteigenden Pendenzen (Zunahme um rund 70% gegenüber 2019) und eine Entlastung der unter sehr starkem Druck stehenden vollamtlichen Richter, ist mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht möglich, weshalb erneute Stellenanträge in den Folgejahren unumgänglich sein werden.

Mit der Wahl eines vierten vollamtlichen Richters sowie der Schaffung einer vierten Abteilung wurde die Struktur des Kantonsgerichts per Juni 2024 erweitert. Die sachlichen Zuständigkeiten der neu vier Abteilungen bzw. der Einzelrichter/innen im Berichtsjahr blieben dabei unverändert. Bereits anlässlich der Konstituierung der vierten Abteilung im Mai 2024 zeichnete sich indes ab, dass der 4. Spruchkörper, welcher mit bestehenden nebenamtlichen Richterinnen und Richtern besetzt werden musste, aufgrund der grösseren zeitlichen Beanspruchung dieser Personen durch die Tätigkeit in zwei oder sogar drei Abteilungen nur in Ausnahmefällen würde tagen können. Vor diesem Hintergrund wurden ab dem dritten Quartal die familienrechtlichen Streitsachen - eine Fallgruppe, welche weitestgehend in einzelrichterlicher Kompetenz beurteilt werden kann - beim vierten vollamtlichen Richter (Stefan Marti) konzentriert. Demgegenüber fällte die neue vierte Abteilung - aus den dargelegten Gründen - in der Berichtsperiode keine Urteile, obwohl sie als zivil- und strafrechtlicher Spruchkörper konstituiert wurde, weshalb im vorliegenden Geschäftsbericht auf eine Anpassung bzw. Ergänzung der Grafiken des Gesamtgerichts verzichtet wurde. Ab der nächsten Berichtsperiode wird die vierte Abteilung - wie die übrigen Abteilungen - in allen Bereichen des Zivil- und Strafrechts tätig sein. Eine Aufstockung der nebenamtlichen Richterinnen und Richter im Verlaufe des nächsten Jahres wird dafür unumgänglich sein.

Infrastruktur

Die Personalaufstockungen führten zu einem zusätzlichen Bedarf an Arbeitsplätzen. Dies führte ab dem zweiten Quartal zu Verdichtungen. Vorhandene Büros wurden doppelt oder dreifach belegt, und zwei Teilzeitangestellte teilen sich denselben Arbeitsplatz. Das Raumangebot ist nun vollkommen ausgeschöpft.

In Absprache mit dem Obergericht testete das Kantonsgericht ab dem zweiten Quartal die Transkriptionssoftware einer Schweizer Firma. Durch eine automatische Verschriftlichung des gesprochenen Wortes hätten die Gerichtsschreiber/innen beider Instanzen von der zeitraubenden und monotonen Protokollierungsarbeit entlastet werden sollen; allerdings erwies sich das Produkt - zumindest in Kombination mit den derzeit am Kantonsgericht zur Verfügung stehenden Audio-Aufzeichnungsgeräten - (noch) als ungenügend, weshalb auf die Anschaffung dieser Software (vorerst) verzichtet wurde.

Mit Blick auf das schweizweite Projekt «Einführung der digitalen Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz» erfolgte im ersten Quartal des Berichtsjahres der Projektinitialisierungsauftrag; in der Folge prägten

konzeptionelle und projektorganisatorische Arbeiten das Berichtsjahr. Einmal mehr ist zu betonen, dass die Umsetzung dieses Projekts mittelfristig zu einer grundlegenden Umstellung der Arbeitsprozesse führen und das Kantonsgericht vor grosse technische und personelle Herausforderungen stellen wird.

Finanzielles

Das Kantonsgericht verzeichnete im Jahr 2024 Ausgaben für amtliche Verteidigungen und unentgeltliche Rechtsverteistandungen in Höhe von 447 268 Franken (Vorjahr 515 111 Franken). Klarzustellen ist jedoch, dass das Kantonsgericht auf die Höhe dieser Ausgaben keinen Einfluss hat, weil sie von der Fallstruktur abhängig sind. Demgegenüber wurden in derselben Zeitspanne von Personen, welche die amtliche Verteidigung oder die unentgeltliche Rechtsverteistandung gewährt wurde, 86 855 Franken (Vorjahr 83 964 Franken) an die Staatskasse zurückbezahlt. Im mehrjährigen Vergleich erwiesen sich die Zuflüsse im Berichtsjahr als unterdurchschnittlich.

Geschäftsentwicklung

Übersicht

Im Berichtsjahr gingen am Kantonsgericht insgesamt 1868 Fälle ein, womit das Allzeithoch aus dem Vorjahr (1681) deutlich übertroffen wurde. Damit stiegen die Eingänge am Kantonsgericht binnen nur fünf Jahren um rund 40% (2019: 1337) an. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die pendenten Fälle von 472 per Ende 2023 auf 560 per Ende 2024 anstiegen, obwohl in der Berichtsperiode insgesamt 153 Fälle mehr erledigt wurden als 2023 (1780, Vorjahr 1627). Im 5-Jahresvergleich stieg die Zahl der per Ende der Berichtsperiode nicht erledigten Fälle um rund 70% (2019: 331), obgleich das Kantonsgericht - bis auf eine Ausnahme - jedes Jahr mehr Fälle erledigte als in der Vorperiode.

2024 wurden 75% der Verfahren binnen einer Dauer von weniger als drei Monaten zu Ende gebracht; nach 12 Monaten wurden 96% der Fälle erledigt, welche Werte weitestgehend dem Vorjahr entsprechen.

Im Berichtsjahr wurden 48 Entscheide des Kantonsgerichts angefochten, wobei das Obergericht im selben Zeitraum insgesamt 57 Rechtsmittelverfahren erledigte, womit beide Werte gegenüber dem Vorjahr zurückgingen (72 bzw. 68); gleichwohl lag die Erledigungsquote des Obergerichts im Berichtsjahr über dem Mittelwert der letzten fünf Jahre. Das Obergericht schützte 2024 rund einen Drittel der Rechtsmittel ganz oder in Teilen, während es rund zwei Drittel der angefochtenen Entscheide des Kantonsgerichts vollumfänglich bestätigte, was den Quoten im Vorjahr entspricht.

Geschäftsgang der Abteilungen und des Jugendgerichts

Im Vergleich zu 2023 gingen leicht weniger Abteilungenfälle ein (42; Vorjahr 49). Gleichwohl lagen die Eingänge im Jahr 2024 über dem 5-jährigen Durchschnitt. Es kommt hinzu, dass sich die Abteilungen in der Berichtsperiode wiederholt mit sehr aufwändigen Fällen mit mehreren Beteiligten und sehr umfangreichen Akten konfrontiert sahen.

Die drei Abteilungen erledigten im Berichtsjahr ungefähr gleich viele Fälle; auch ist die Geschäftslast per Ende 2024 in allen drei Abteilungen vergleichbar. Demgegenüber wurden der vierten Abteilung - wie bereits dargelegt - keine Fälle zugewiesen. Dies wird erst ab dem nächsten Jahr der Fall sein.

Die drei Abteilungen erledigten nach einer Verfahrensdauer von 12 Monaten rund die Hälfte oder mehr Fälle; nach Ablauf von 24 Monaten konnten sogar mehr als zwei Drittel der Fälle zu Ende gebracht werden.

Das Jugendgericht übernahm keine Pendenzen aus dem Vorjahr. Im Berichtsjahr gingen jedoch zwei neue Fälle mit sehr umfangreichen Akten ein. Während ein Jugendstrafverfahren binnen 6 Monaten erledigt werden konnte, musste der andere Fall auf das Folgejahr übertragen werden. Diese Verfahren nach Jugendstrafprozessordnung wurden mit Blick auf den sensiblen Bereich als prioritär eingestuft und umgehend an die Hand genommen.

Geschäftsgang der Einzelrichter/innen

Im Bereich der einzelrichterlichen Tätigkeit wurden 2024 erneut deutlich mehr Fälle als in der Vorperiode eingeschrieben (1824; Vorjahr 1632). Während die Eingänge im Bereich des Familienrechts (67) und der Zwangsmassnahmen (43) leicht unter dem Durchschnitt der letzten fünf Berichtsperioden lagen, erreichte die Zahl der neu zugewiesenen Strafrechtsfälle (42) das hohe Niveau des Vorjahres (45), womit sie über dem mehrjährigen Mittelwert lag. Zudem waren im Berichtsjahr mit Blick auf die Summarien (Rechtsöffnungen, Konkurse, Bauhandwerkerpfandrechte, Schuldneranweisungen, gerichtliche Verbote, usw.) 214 Fälle mehr als in der Vorperiode zu verzeichnen (1375; 2023 1161). Insgesamt wuchs die Anzahl der per Ende des Berichtsjahres pendenten Fälle auf 508 an (Vorjahr 433), obwohl die Einzelrichter/innen im Berichtsjahr erneut mehr Fälle erledigten als im Vergleich zur Vorperiode (1749; Vorjahr 1575).

Im Berichtsjahr erledigten die Einzelrichter/innen rund drei Viertel der Verfahren binnen dreier Monate (77%); nach Ablauf von 12 Monaten war die Erledigungsquote fast vollständig (97%). Damit blieb die Verfahrensdauer im Vergleich zu 2023 weitestgehend konstant.

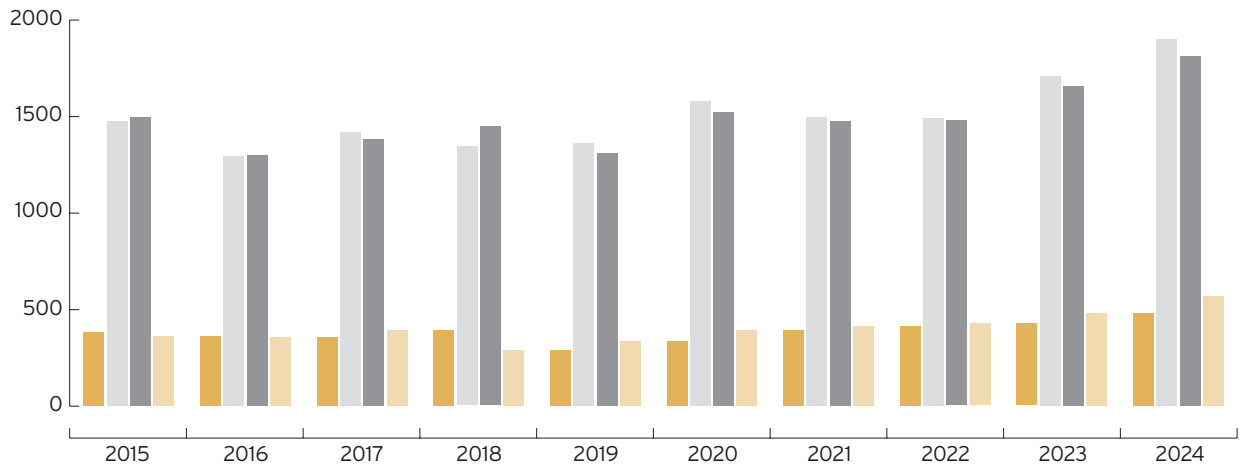
Im Berichtsjahr wurden im Vergleich zum Vorjahr weniger Entscheide der Einzelrichter/innen angefochten (37; 2023 60). Die Zahl der erledigten Rechtsmittelverfahren ging im Vergleich zu 2023 ebenfalls zurück (43; Vorjahr 61). Gleichwohl lag die Erledigungsquote im Berichtsjahr ungefähr im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Rund zwei Drittel der angefochtenen Entscheide der Einzelrichter/innen wurden 2024 von der Rechtsmittelinstanz vollständig bestätigt, was der Quote des Vorjahres entspricht.

Entwicklung und Geschäftslast des

Gesamtkantonsgerichts

■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

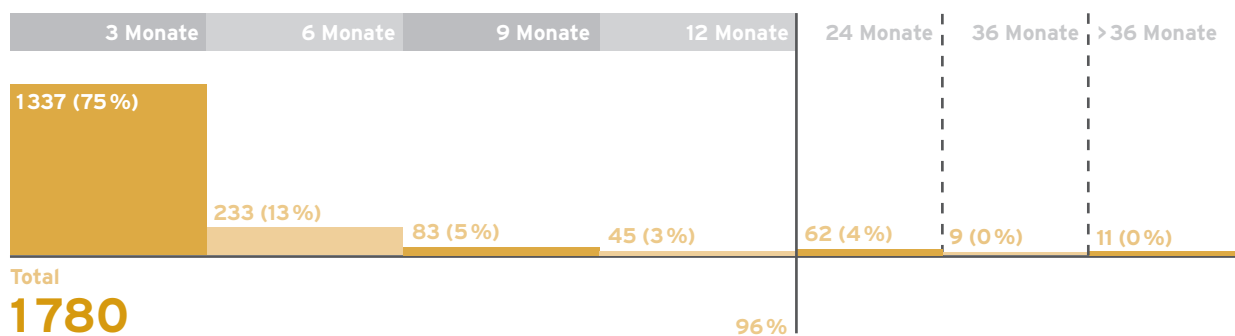


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	376	355	348	383	281	331	386	406	418	472
eingegangen	1450	1272	1394	1320	1337	1550	1469	1465	1681	1868
erledigt	1471	1279	1359	1422	1287	1495	1449	1453	1627	1780
pendent per 31. Dezember	355	348	383	281	331	386	406	418	472	560

Weiterzug ans Obergericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden / Berufungen ans Obergericht	46	50	55	61	46	63	72	48
erledigte Beschwerden / Berufungen	40	52	51	55	38	60	68	57
abgewiesen / nicht eingetreten	32	35	40	43	25	35	47	33
teilweise gutgeheissen	5	9	5	2	5	10	7	15
gutgeheissen	3	8	6	10	8	15	14	9

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

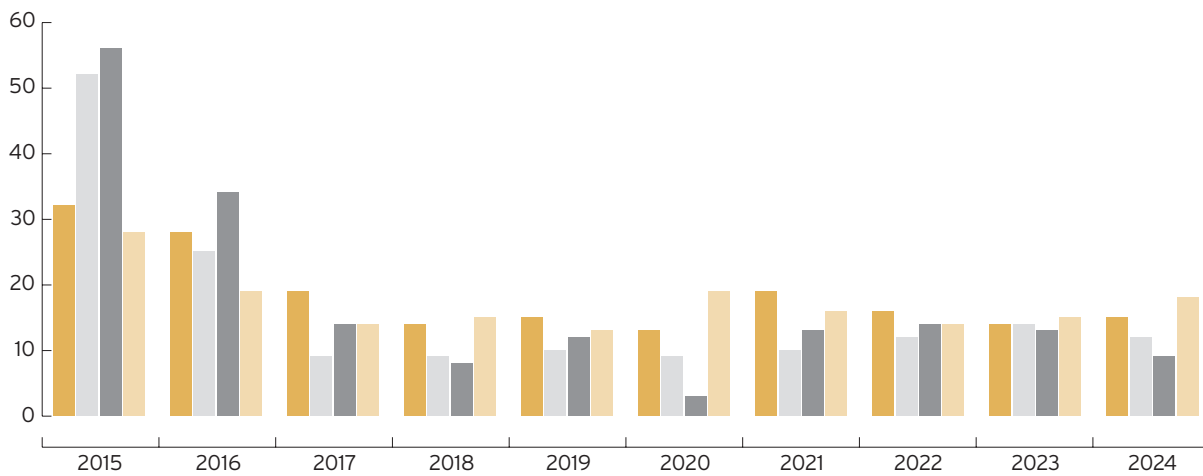


Entwicklung und Geschäftslast der

1. Abteilung des Kantonsgerichts

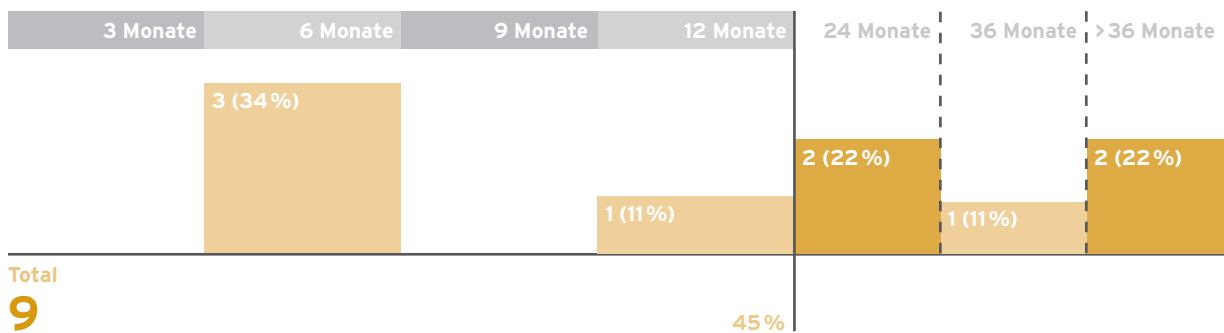
■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr



Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	32	28	19	14	15	13	19	16	14	15
eingegangen	52	25	9	9	10	9	10	12	14	12
erledigt	56	34	14	8	12	3	13	14	13	9
pendent per 31. Dezember	28	19	14	15	13	19	16	14	15	18

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

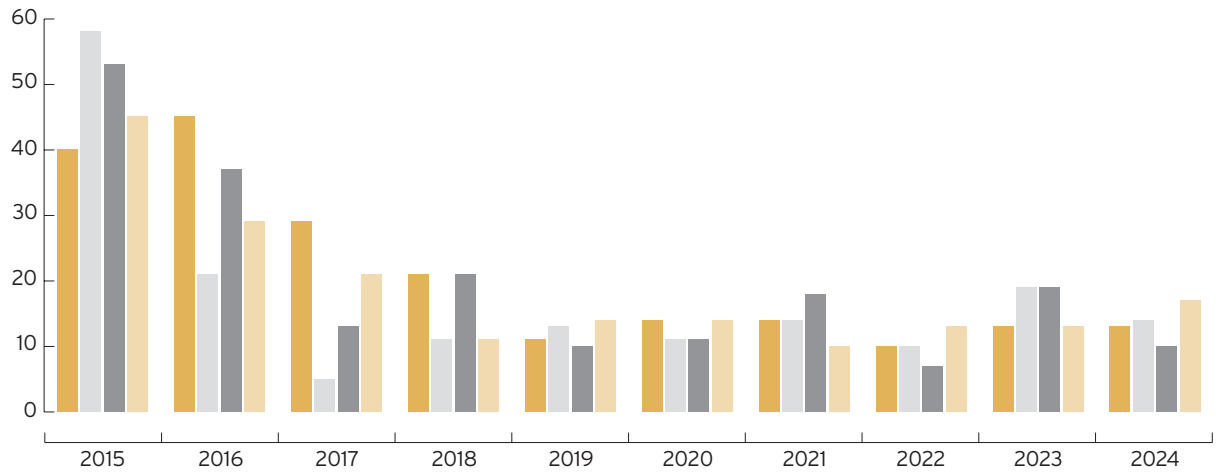


Entwicklung und Geschäftslast der

2. Abteilung des Kantonsgerichts

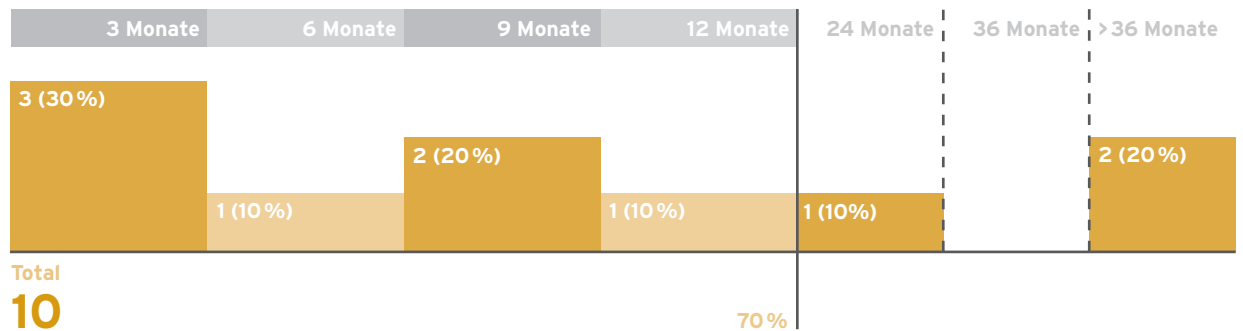
■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr



Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	40	45	29	21	11	14	14	10	13	13
eingegangen	58	21	5	11	13	11	14	10	19	14
erledigt	53	37	13	21	10	11	18	7	19	10
pendent per 31. Dezember	45	29	21	11	14	14	10	13	13	17

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

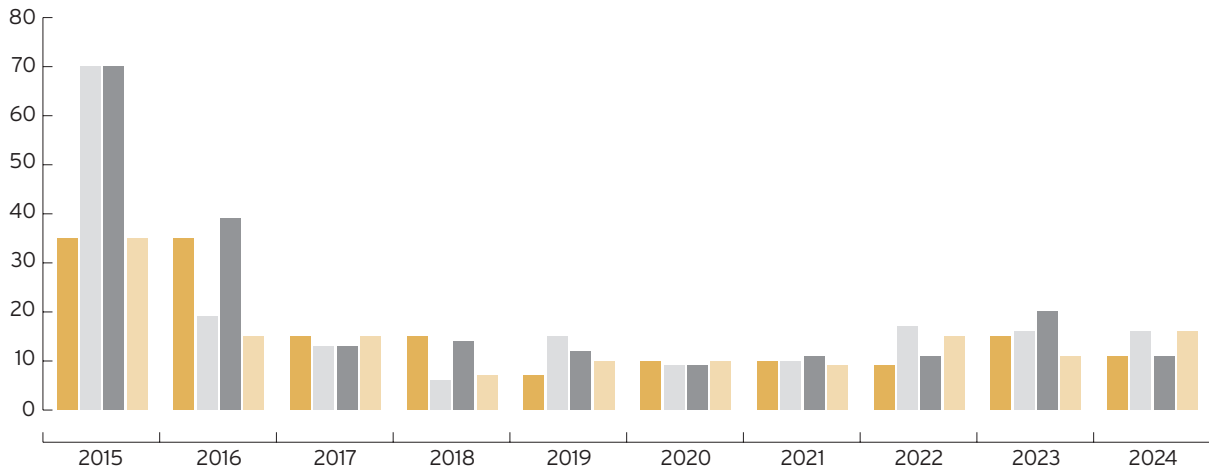


Entwicklung und Geschäftslast der

3. Abteilung des Kantonsgerichts

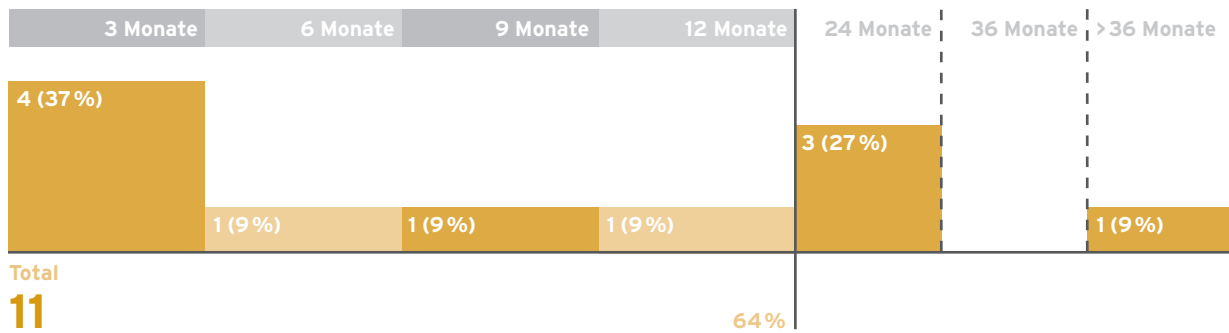
■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr



Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	35	35	15	15	7	10	10	9	15	11
eingegangen	70	19	13	6	15	9	10	17	16	16
erledigt	70	39	13	14	12	9	11	11	20	11
pendent per 31. Dezember	35	15	15	7	10	10	9	15	11	16

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

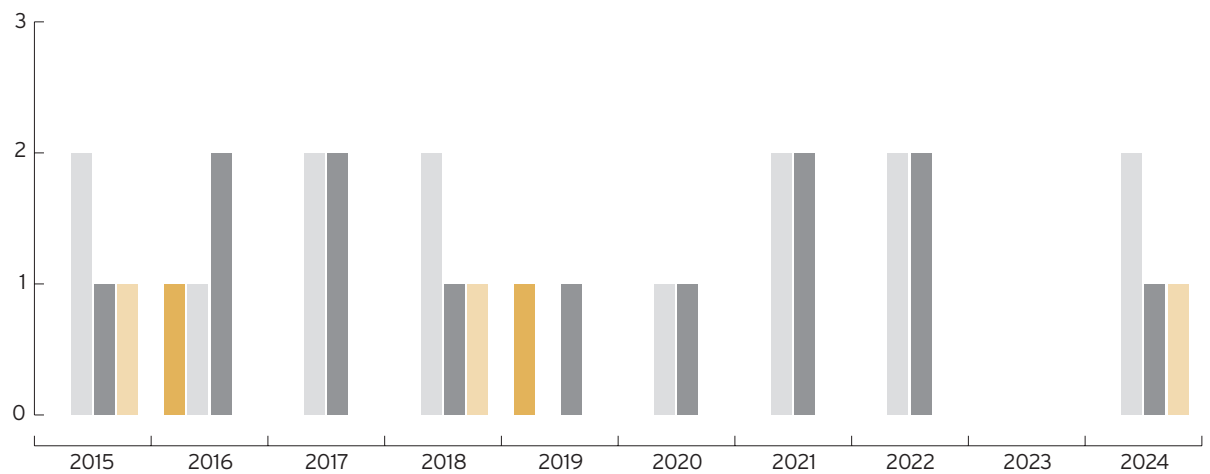


Entwicklung und Geschäftslast des

Jugendgerichts

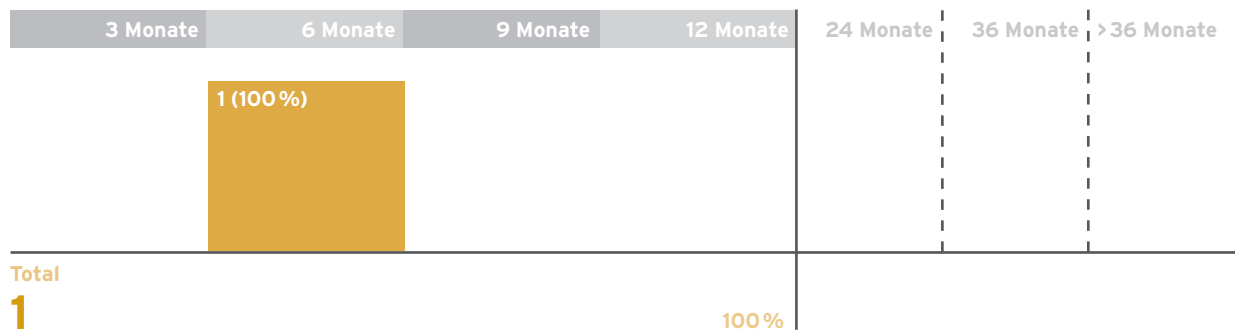
■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr



Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-
eingegangen	2	1	2	2	-	1	2	2	-	2
erledigt	1	2	2	1	1	1	2	2	-	1
pendent per 31. Dezember	1	-	-	1	-	-	-	-	-	1

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

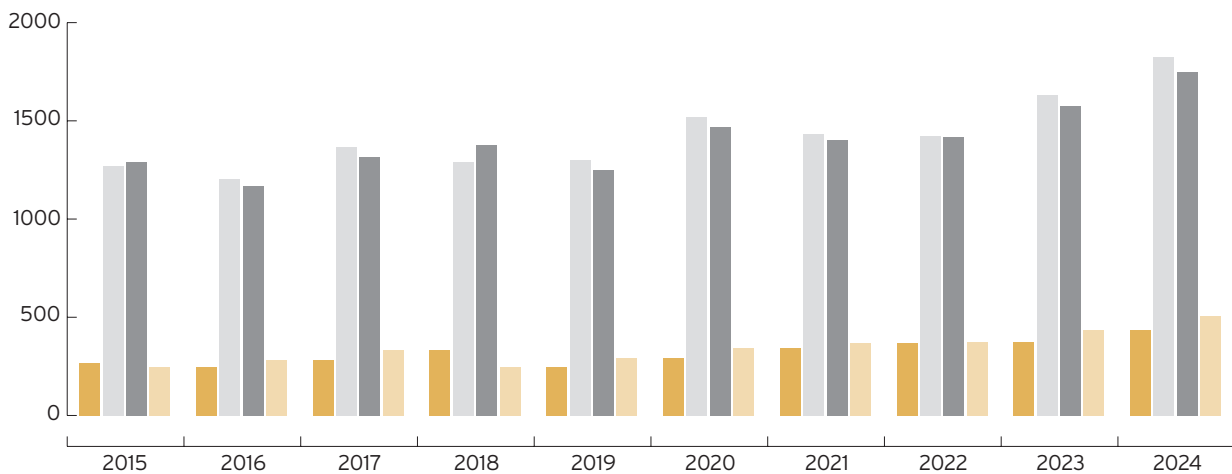


Entwicklung und Geschäftslast der

Einzelrichter/innen des Kantonsgerichts

■ pendent per 1. Januar ■ eingegangen ■ erledigt ■ pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr

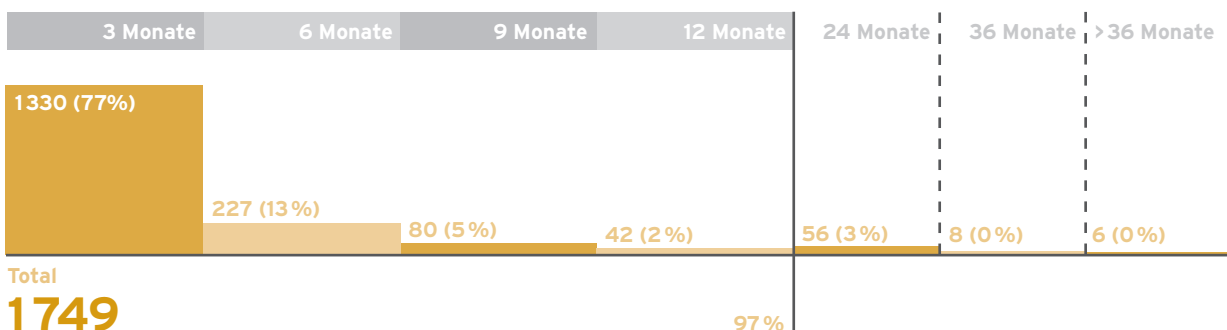


Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	269	246	285	333	247	294	343	371	376	433
eingegangen	1268	1206	1365	1292	1299	1520	1433	1424	1632	1824
erledigt	1291	1167	1317	1378	1252	1471	1405	1419	1575	1749
pendent per 31. Dezember	246	285	333	247	294	343	371	376	433	508

Weiterzug ans Obergericht

Anzahl Fälle pro Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschwerden / Berufungen ans Obergericht	35	41	51	51	38	56	60	37
erledigte Beschwerden / Berufungen	28	39	43	51	31	48	61	43
abgewiesen / nicht eingetreten	24	30	35	40	22	31	41	27
teilweise gutgeheissen	1	4	3	2	1	4	6	9
gutgeheissen	3	5	5	9	8	13	14	7

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)





Schlichtungsbehörden



Struktur der Schlichtungsbehörden

Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht	Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben	Vermittlerämter
Schlichtung von Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen	Schlichtung von Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz	Schlichtung von zivilprozessualen Streitigkeiten

Kreis 1

Herisau
Hundwil
Schönengrund
Schwellbrunn
Stein
Waldstatt
Urnäsch

Kreis 2

Bühler
Gais
Speicher
Teufen
Trogen

Kreis 3

Grub
Heiden
Lutzenberg
Rehetobel
Reute
Wald
Walzenhausen
Wofhalden

Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden

Die Schlichtungsbehörden setzten sich am 1. Juni 2024 wie folgt zusammen:

Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

Pascale Sigg-Bischof, Präsidentin
 Claudia Bachmann, stv. Präsidentin
 Ruedi Aerni, Vermieter-Vertretung
 Daniela Lieberherr, Mieter-Vertretung
 Martin Hofstetter, Vermieter-Vertretung
 Simone Thoma, Mieter-Vertretung
 Hansjörg Lampert, Mieter-Vertretung
 Belinda Bischof, Vermieter-Vertretung

Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben

Pascale Sigg-Bischof, Präsidentin
 Claudia Bachmann, stv. Präsidentin
 Oliver Schmid, Arbeitgeber-Vertretung
 Adriana Hörler, Arbeitnehmende-Vertretung
 Michaela Schryber, Arbeitnehmende-Vertretung
 Sara Saladin, Arbeitgeber-Vertretung
 Paul Zähler, Arbeitgeber-Vertretung
 Werner Rüegg, Arbeitnehmende-Vertretung

Mitarbeitende der Schlichtungsstellen

juristische Aktuarin und juristischer Aktuar

Jasmine Zorman, Leiterin
 (60 %; Austritt per 30. Juni 2024)
 Anna Meier, Leiterin (Mai und Juni 2024 50 %;
 ab 1. Juli 2024 60 %)
 Stefan Hongler (10 %)

Sekretariat

Yvette Bucher (20 %)
 Iris Kortekaas (20 %; Austritt per 30. Juni 2024)

Vermittlerämter

Kreis 1

*zuständig für die Gemeinden Herisau, Hundwil,
 Schönengrund, Schwellbrunn, Stein, Waldstatt,
 Urnäsch*

Christian Rechsteiner

Kreis 2

*zuständig für die Gemeinden Bühler, Gais, Speicher,
 Teufen, Trogen*

Pascale Sigg-Bischof

Kreis 3

*zuständig für die Gemeinden Grub, Heiden,
 Lutzenberg, Rehetobel, Reute, Wald, Walzenhausen,
 Wolfhalden*

Pascale Sigg-Bischof

Allgemeines

Personelles

Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden wählte an seiner Sitzung vom 18. März 2024 Belinda Bischof für den Rest der Amtsdauer 2023 bis 2027 ab 1. Juni 2024 als neues Mitglied der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht (Vertretung der Vermietenden). Sie löste in dieser Funktion Manuela Mutti ab, die nach vier Jahren von ihrem Amt zurücktrat.

Bei der Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde bei Diskriminierung im Erwerbsleben gab es im Jahr 2024 keine personellen Veränderungen.

Am 1. Juli 2024 hat Anna Meier ihre Tätigkeit als Leiterin Administration und juristische Aktuarin der beiden Schlichtungsstellen aufgenommen. Sie tritt damit die Nachfolge von Jasmine Zorman an, die sich nach rund achteinhalf Jahren bei den Schlichtungsstellen beruflich neu orientierte.

Organisatorisches

Aufgrund des temporären Ausfalls einer Sekretariatsmitarbeitenden der Schlichtungsstellen musste mit einer befristeten Anstellung eine Übergangslösung gefunden werden.

Infrastruktur

Keine Bemerkungen.

Finanzielles

Keine Bemerkungen.

Geschäftsentwicklung

Überblick

Bei den Schlichtungsbehörden nahm im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr die Anzahl neuer Fälle mit 326 (Vorjahr 342) ab. Der Rückgang der Verfahren war vor allem beim Vermittleramt Kreis 1 zu verzeichnen. Bei der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht war eine Erhöhung festzustellen. Die Erfolgsquote aller Verfahren der Schlichtungsbehörden des Kantons Appenzell Ausserrhoden liegt bei beachtlichen 66 %.

Geschäftsgang der Schlichtungsstellen

Die Neueingänge bei der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht nahmen mit 131 im Vergleich zum Vorjahr (122 Neueingänge) zu und die Verfahrensdauer wurde länger. Wie im Vorjahr ging 1 Gesuch in Sachen Diskriminierung im Erwerbsleben ein. Auch die telefonischen und schriftlichen Rechtsberatungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr, währenddem die Anzahl persönlicher Beratungen praktisch gleich blieb.

Erledigt werden konnten im Jahr 2024 mit 116 (Vorjahr 117) etwa gleichbleibend viele Fälle. Zusätzlich wurden 7 Fälle wegen Unzuständigkeit weitergeleitet und 7 Formulargenehmigungsgesuche wurden eingereicht. Von den erteilten 21 Klagebewilligungen wurden 10 an die Einzelrichterinnen und den Einzelrichter des Kantonsgerichts weitergezogen. Pendent blieben Ende Berichtsjahr 36 (Vorjahr 20) Fälle. Im Berichtsjahr konnten 62 % aller Gesuche in Mietstreitigkeiten (Vorjahr 80 %) innert 0 bis 3 Monaten erledigt werden.

Die aktuell hohe Anzahl von Schlichtungsgesuchen bzw. hängigen Schlichtungsverfahren bei Mietstreitigkeiten kann mindestens teilweise mit den steigenden Energiekosten und der zweimaligen Erhöhung des Referenzzinssatzes im Jahr 2023 erklärt werden.

Die Erfolgsquote der Schlichtungsbehörde für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht liegt in diesem Geschäftsjahr bei hohen 72 %. Der von der Schlichtungsbehörde bei Diskriminierung im Erwerbsleben zu behandelnde Fall wurde mit einem Vergleich abgeschlossen.

Geschäftsgang der Vermittlerämter

Bei den Vermittlerämtern ist ein Rückgang der eingegangenen Begehren von 219 auf 194 zu verzeichnen, was einem Rückgang von rund 11 % entspricht. Erledigt wurden insgesamt 205 Fälle (Vorjahr 218). Die Pendenzen konnten auf 36 Fälle reduziert werden (Vorjahr 47). Die Erledigungsdauer betrug in 80 % aller Verfahren zwischen 0 und 3 Monaten (Vorjahr 84 %).

Die Erfolgsquote aller Verfahren lag bei erfreulichen 62 % (Vorjahr 63 %).

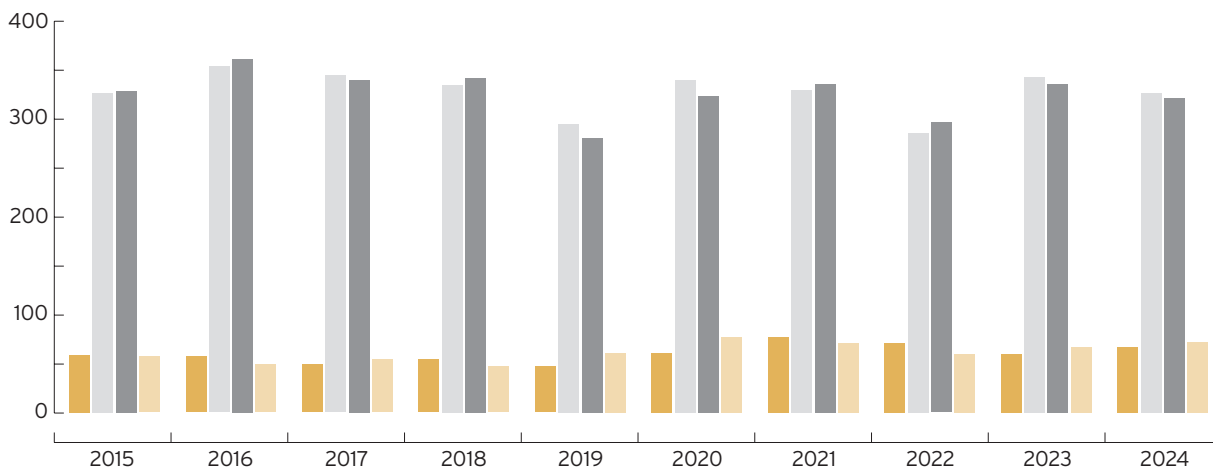
Von den ausgestellten Klagebewilligungen sind 54 an das Kantonsgericht weitergezogen worden.

Entwicklung und Geschäftslast

aller Schlichtungsbehörden

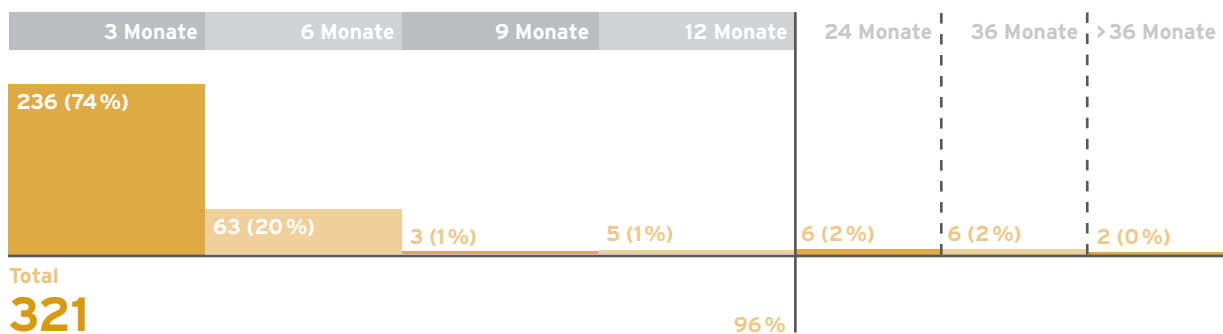
pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr



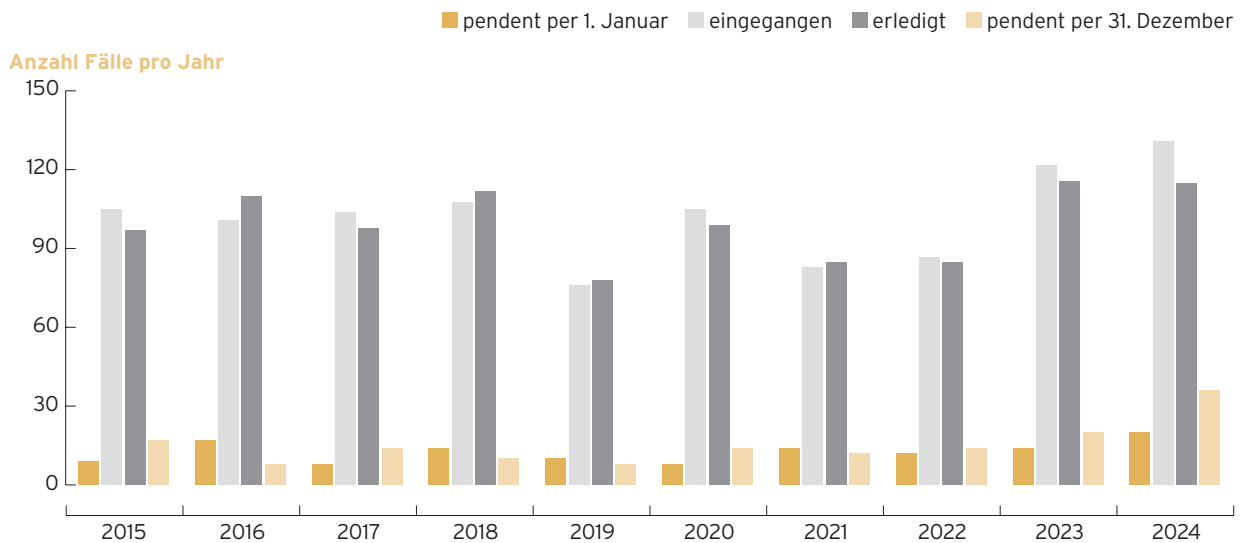
Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	59	57	49	54	47	61	77	71	60	67
eingegangen	326	353	344	334	294	339	329	285	342	326
erledigt	328	361	339	341	280	323	335	296	335	321
pendent per 31. Dezember	57	49	54	47	61	77	71	60	67	72

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)



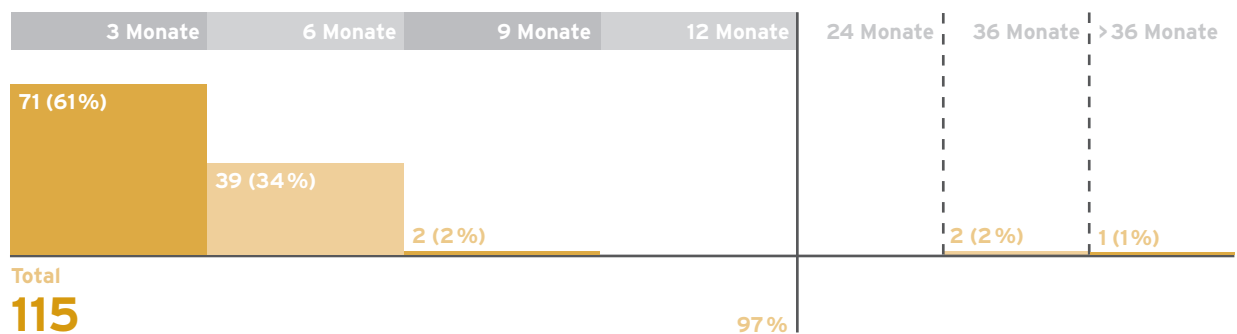
Entwicklung und Geschäftslast der

Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht



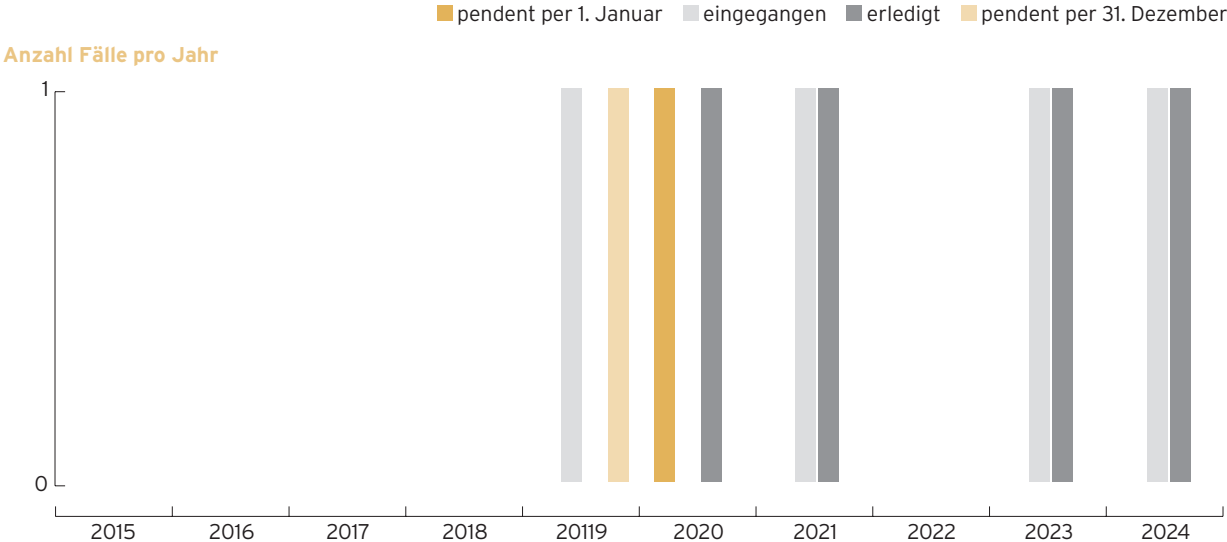
Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	9	17	8	14	10	8	14	12	14	20
eingegangen	105	101	104	108	76	105	83	87	122	131
erledigt	97	110	98	112	78	99	85	85	116	115
pendent per 31. Dezember	17	8	14	10	8	14	12	14	20	36

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)



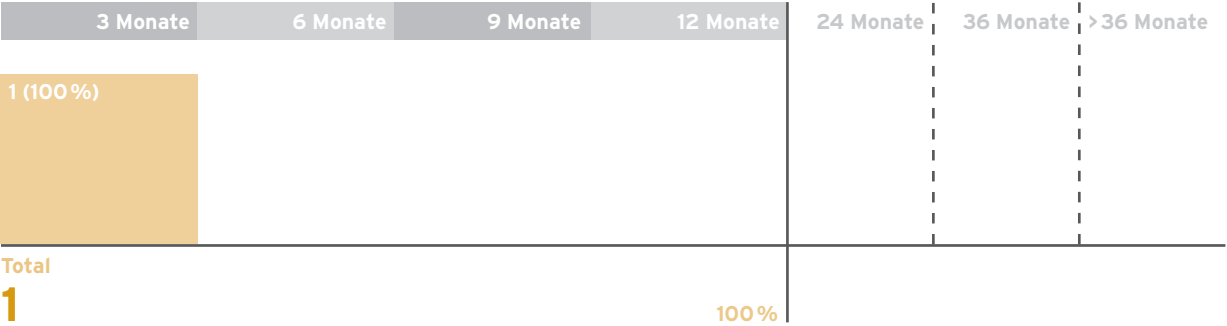
Entwicklung und Geschäftslast der

Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben



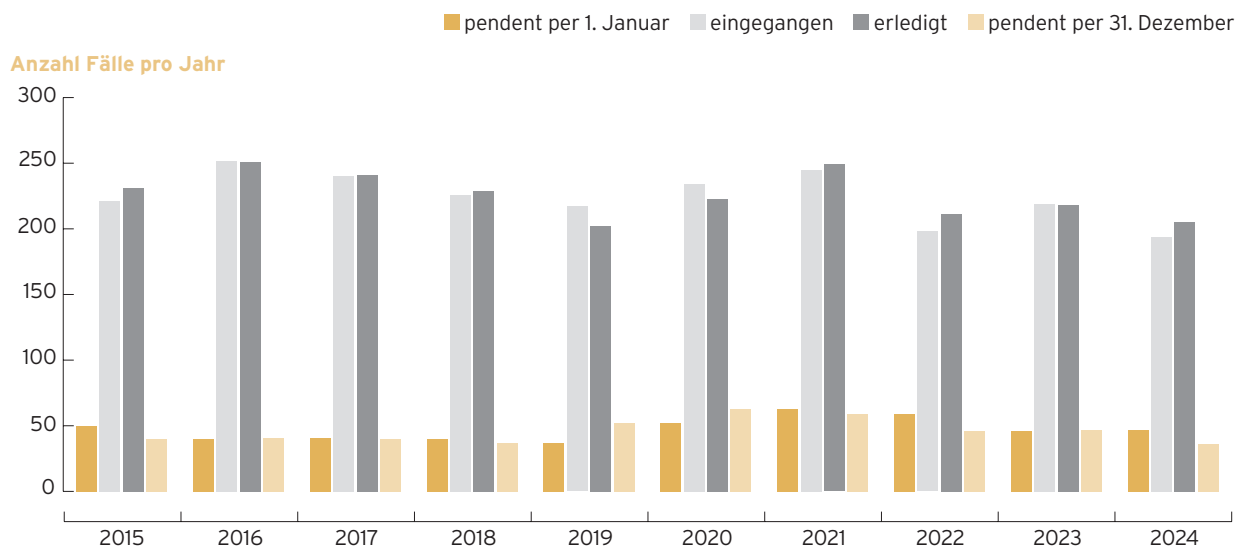
Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-
eingegangen	-	-	-	-	1	-	1	-	1	1
erledigt	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1
pendent per 31. Dezember	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)



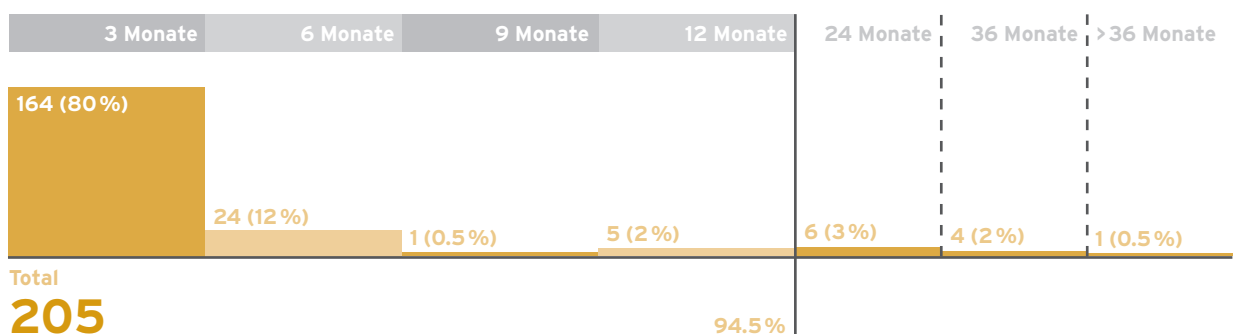
Entwicklung und Geschäftslast

aller 3 Vermittlerämter



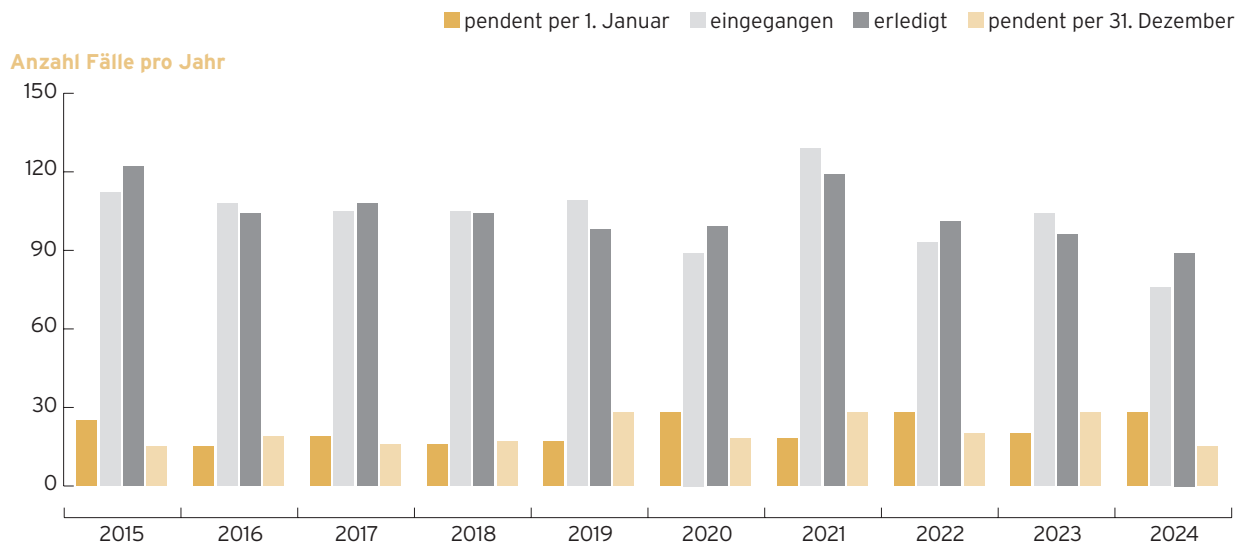
Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	50	40	41	40	37	52	63	59	46	47
eingegangen	221	252	240	226	217	234	245	198	219	194
erledigt	231	251	241	229	202	223	249	211	218	205
pendent per 31. Dezember	40	41	40	37	52	63	59	46	47	36

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)



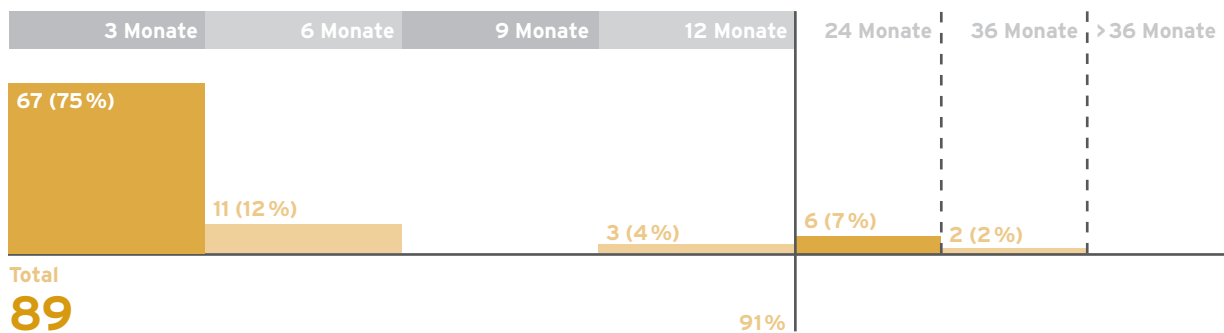
Entwicklung und Geschäftslast

Vermittleramt Kreis 1



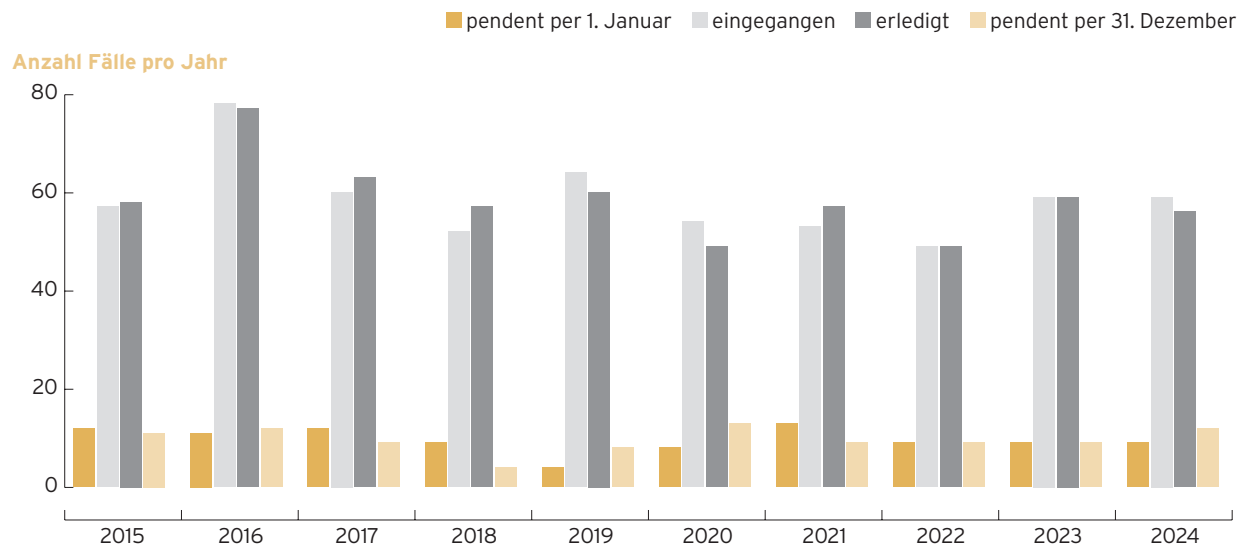
Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	25	15	19	16	17	28	18	28	20	28
eingegangen	112	108	105	105	109	89	129	93	104	76
erledigt	122	104	108	104	98	99	119	101	96	89
pendent per 31. Dezember	15	19	16	17	28	18	28	20	28	15

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)



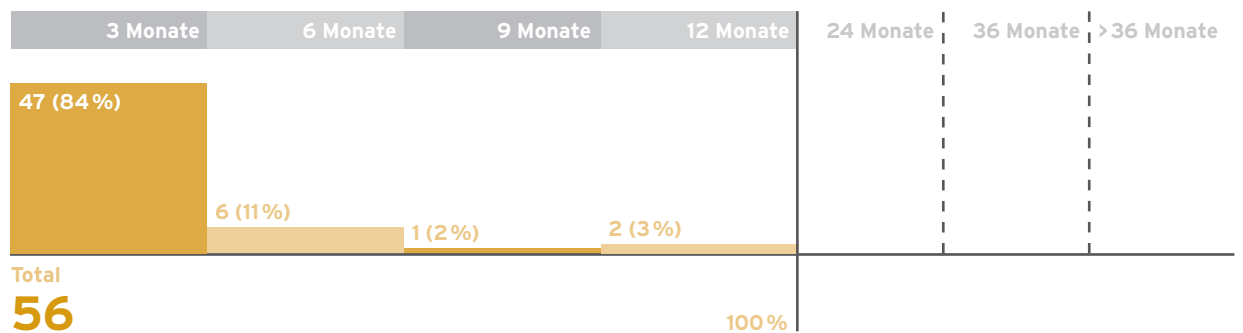
Entwicklung und Geschäftslast

Vermittleramt Kreis 2



Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	12	11	12	9	4	8	13	9	9	9
eingegangen	57	78	60	52	64	54	53	49	59	59
erledigt	58	77	63	57	60	49	57	49	59	56
pendent per 31. Dezember	11	12	9	4	8	13	9	9	9	12

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)

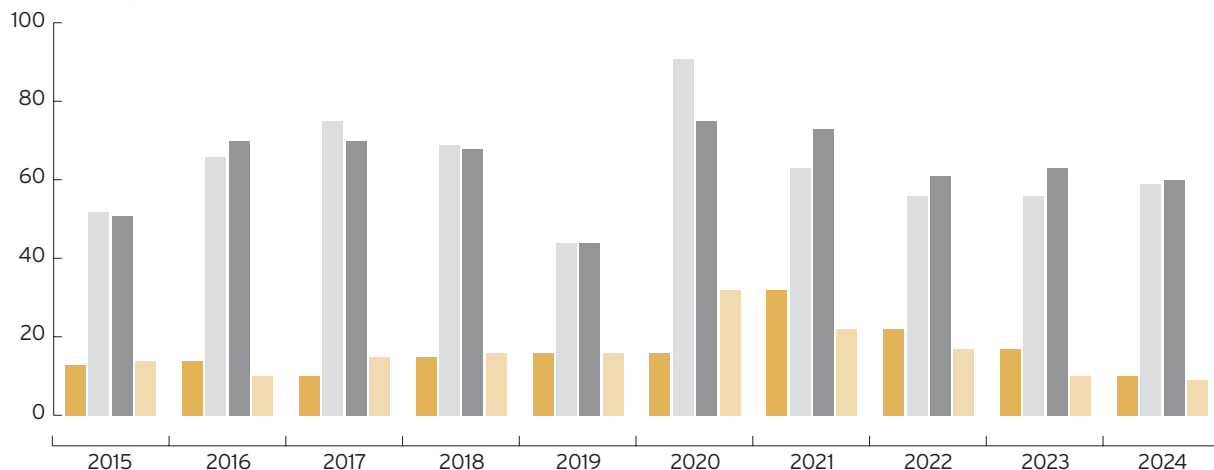


Entwicklung und Geschäftslast

Vermittleramt Kreis 3

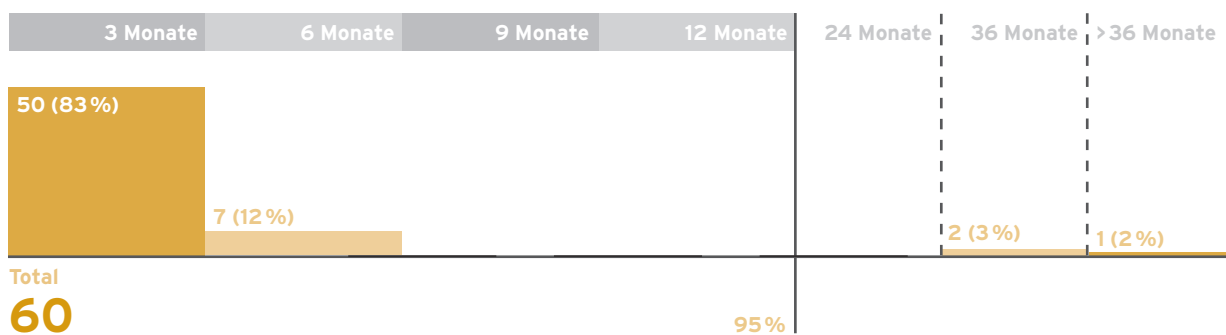
pendent per 1. Januar eingegangen erledigt pendent per 31. Dezember

Anzahl Fälle pro Jahr



Anzahl Fälle pro Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
pendent per 1. Januar	13	14	10	15	16	16	32	22	17	10
eingegangen	52	66	75	69	44	91	63	56	56	59
erledigt	51	70	70	68	44	75	73	61	63	60
pendent per 31. Dezember	14	10	15	16	16	32	22	17	10	9

Verfahrensdauer, Anzahl Geschäfte (2024)



Impressum

Herausgeber
Obergericht des Kantons AR

Gestaltung
Silvia Droz, Teufen

Druck
Druckerei Lutz AG, Speicher

Auflage
125 Exemplare

PDF unter
www.ar.ch/gerichte/obergericht/geschaeftsberichte

Obergericht
Landsgemeindeplatz 7c
Fünfeckpalast
9043 Trogen

www.ar.ch/gerichte/obergericht

